

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle anderen 30 Pf. pro
3gespaltene Petitzeile

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 40 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 18, Bräuden-
straße 106 .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 7. Oktober 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Die Offenbacher Lederverwarenindustrie im Jahre 1909. — Von den vorläufigen Herren unserer Zeit. — I. Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. — Kinderlegen und sein Ende. — Die „Strellkrawatte“ in Noabitt! — Die nützlichen Elemente. — Der Streik bei der Firma Arnade. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Ausland. — Soziales. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Bücherei. — Adressenänderungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 9. bis 15. Oktober ist der 41. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Wiesfeld. Die Reifseffettensattler stehen hier in einer Tarifbewegung.

Delmenhorst. Wegen Streik in der Wagenfabrik ist Zugang streng fernzuhalten.

Heterfen. Der Streik in der Reifseffettensfabrik Münnefeld & Co. und in der Wulffschen Lederverwarenfabrik dauert unverändert fort.

Wegen der Aussperrung der Werftarbeiter sind alle Werftarbeiter streng zu meiden, da auch eine Anzahl unserer Kollegen durch die Aussperrung betroffen wurde.

Bei der bevorstehenden Aussperrung der Metallarbeiter werden auch einige Hundert unserer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen. In der Zeit fehlt uns noch jede Lebenshilfe und werden wir, sofern die Aussperrung zur Tatsache wird, den Ortsverwaltungen im Laufe der nächsten Woche noch nähere Mitteilungen zugehen lassen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Brünn. Die Treibriemensattler der Firma Schmal stehen in einem Abwehrstreik.

Wien. Die Ledergalanteriarbeiter (Portefeuillier) stehen in einer Lohnbewegung.

Von allen oben genannten Orten ist der Zugang streng fernzuhalten.

Die Offenbacher Lederverwarenindustrie im Jahre 1909

nach den Berichten der Großherzoglich-hessischen Handelskammer.

In den ersten sechs Monaten des Berichtsjahres lag das Geschäft sehr still, so daß ein Teil der Arbeitskräfte fortgereist oder zu anderer Beschäftigung übergegangen ist.

„Am Juli 1909 machte sich jedoch unerwarteterweise eine plötzliche Besserung der Lage bemerkbar, und schon von August ab verschärfte sich die Nachfrage derart, daß den Anforderungen des Marktes nicht genügt werden konnte; und sich ein Mangel an Arbeitskräften fühlbar machte, wie er sich in diesem Gewerbe hier noch nicht gezeigt hat. Nach sachverständiger Schätzung hätten gut noch 500 bis 600 Arbeiter mehr beschäftigt werden können.

Diese stürmische Nachfrage bezog sich in der Hauptsache auf den Artikel Damentaschen, der sich zu einem großen Modeartikel entwickelt hat. Der Aufschwung traf die Lederverwarenindustrie wie ihre Hilfsindustrien völlig unvorbereitet, und zwar nicht nur hinsichtlich der Arbeiterzahl, sondern auch hinsichtlich der Einkleidung mit Rohmaterialien und Zutaten, insbesondere mit den benötigten Metallbügeln und Beschlägen, in welchen die hiesige und auswärtige Fabrikation, die bis dahin nur mit kleinen Aufträgen zu rechnen hatte und bei ihrem Suchen nach Aufträgen bis zum Juli starker Zurückhaltung begeben war, dem Bedarf zunächst nicht gerecht zu werden vermochten. Dieser Mangel machte sich für die Herstellung feiner Lederverwaren während des ganzen letzten halben Jahres fühlbar. Sie konnte vom Oktober ab überhaupt kaum noch Aufträge annehmen, da eine entsprechende Verlagerung mit Bügeln und eine Vermehrung der Arbeitskräfte vollständig ausgeschlossen war. Im September und später angenommene Aufträge sind vielfach aus diesem Grunde später rückgängig gemacht oder doch nicht ausgeführt worden, und nach dem Jahreswechsel lagen noch Bestellungen aus dem September vor, für welche die Metallwaren immer noch nicht zu haben waren.“

Schon in früheren Jahren beklagten sich die Herren Lederverwarenfabrikanten über den Mangel an geschulten Arbeitskräften, welchem einerseits durch die Lehrwerkstätte für feine Lederverwaren, andererseits durch die mit den Arbeitern tariflich festgelegten Lehrlingsvereinbarungen abgeholfen werden sollte. Soweit die Lehrwerkstätten in Betracht kommen, wird im Bericht gesagt, daß sie der Industrie bisher 900 tüchtige Arbeitskräfte zugeführt haben. Wenn die Lehrlingsvereinbarungen die an sie geknüpften Forderungen nicht erfüllt haben, so lag es daran, weil es gerade die klageführenden Unternehmer sind, die sich um die Lehrlingsausbildung fast gar nicht kümmern, diese vielmehr den Afford- und Heimarbeitern überlassen. Dieser Umstand und die wohl noch länger anhaltende Vorliebe des Marktes für Damentaschen birgt die Gefahr in sich, daß für die Herstellung dieses Artikels die meisten jungen Arbeiter ganz einseitig ausgebildet werden und daß, wenn einmal diese Mode umschlagen und die

Nachfrage nach Damentaschen stark nachlassen sollte, diese Arbeitskräfte für längere Zeit in der Lederverwaren- und Reifeartikelindustrie wenig oder nichts werden leisten können.“ Hoffentlich wird diese Erkenntnis bis zum nächsten Jahre anhalten und die Herren Fabrikanten veranlassen, in Gemeinschaft mit der Arbeitnehmerkommission gelegentlich der Tarifberatung durchreisende Maßregeln zum Zwecke der Lehrlingsausbildung zu schaffen und was noch wichtiger ist, diese auch strikte durchzuführen.

Die Abgabengebiete für feine Lederverwaren haben sich wesentlich verschoben. Während früher England das Hauptabgabengebiet für Offenbacher Lederverwaren war, ist heute Deutschland an Englands Stelle getreten. Wohl machte sich im Handel mit England im Herbst eine kleine Besserung bemerkbar, von der aber noch nicht zu sagen ist, ob sie von Dauer sein wird. Ein Sieg der konservativen Partei bei den Wahlen und damit ein Durchringen der Schutzzöllnerischen Idee würde in dieser Beziehung nicht ohne Einfluß sein. Der unmittelbare Umsatz mit Australien und Neuseeland ließ sich bei der Zollbegünstigung der Waren aus dem Mutterlande nicht vermehren, doch ist sicher, daß der dortige Markt nach wie vor mittelbar durch England unverändert stark mit deutscher Ware versorgt wird. Das sehr aufnahmefähig gewordene Kanada kommt für die Einfuhr aus Deutschland immer weniger in Frage, und es muß immer wieder als dringend wünschenswert bezeichnet werden, daß eine Verringerung des auf unseren Artikeln lastender Mehrzölles mit allem Nachdruck angestrebt wird. Der Absatz der auch in Frankreich gut bekannten Offenbacher Lederverwaren wird in diesem Lande gegen den immer mehr erstarkenden Wettbewerb der eingeflossenen, insbesondere der Pariser Fabrikation immer schwerer. Die weitere Zollerböschung wird das Geschäft nach dort entsprechend weiter vermindern. Auch die hohen Zölle Spaniens haben der Ausfuhr dahin starken Abbruch getan. In Rußland haben sich in dieser Beziehung die Abgabemöglichkeiten für Deutschland noch weit ungünstiger gestaltet, und in den Vereinigten Staaten würde für die jetzt noch mögliche Lieferung von besserer Ware in Neuheiten der Boden durch einen etwa ausbrechenden Zollkrieg gleichfalls vollends abgegraben werden.

Die geschilderte beträchtliche Belebung des Absatzes in Lederverwaren und Reifeartikeln kam natürlicherweise den beteiligten Arbeitskräften sehr zugute. In der zweiten Hälfte begann allenthalben die Mehrereinstellung und ging bald bis an die Grenzen des Möglichen, so daß im Herbst auch zu stellenweise beträchtlicher Verlängerung der Arbeitszeit unter Zahlung entsprechender Lohnzuschläge übergegangen werden

Kollegen und Kolleginnen! Bergetzt die Ausfüllung der Statistischen Karten nicht!

nicht. Die Vorkämpfer zeigten wie
der eine die andere Richtung. Zu Ar-
beiterbewegungen ist es nicht ge-
kommen. Die Leitungen der beider-
seitigen Verbände übernahmen
sorgsam die loyale Durchführung
des abgeschlossenen Tarifver-
trages.

Neben diesem Spezialbericht dürfte unsere
Leser noch interessieren, wie die Offenbacher
Handelskammer die Bedeutung der sogenannten
„Reichsfinanzreform“ sowohl für das
politische Ansehen Deutschlands als vor allem
auch für die volkswirtschaftliche Wohlfahrt des
deutschen Volkes beurteilt. Es heißt da unter
anderem:

„Die Mehrheit des Reichstags hat aber
leider jedes Verständnis für die Zusammenge-
hörigkeit aller Volksteile und für die Notwendig-
keit einer gerechten Abmessung und Verteilung
der von den Staatsbürgern zu fordernden
Steuerleistungen an den Staat durchaus ver-
missen lassen. Unter fast vollständiger
Schonung des wirklichen Besitzes
hat sie wiederum fast ausschließ-
lich die neuen schweren Reichs-
steuerlasten auf den Verbrauch und
auf die ihn befriedigenden, in Han-
del und Industrie tätigen Erwerb-
skräfte gelegt. Dabei ist noch überdies
vielfach jede Rücksicht auf berechnete und erfüll-
bare Forderungen der beteiligten Gewerbe und
jede Verwertung der Kenntnisse und Erfahrungen
ihrer berufenen Vertreter über die ein-
schlägigen Verhältnisse und Notwendigkeiten
außer acht gelassen und die Gesetzgebung
in einer Weise übers Knie gebrochen worden, für
welche nur in der Reichsentscheidung des Reichs-
tages über den neuen Zolltarif ein Seitenstück
vorhanden ist.“

„Es läßt tief blicken,“ würde Sabor
auch hier sagen, wenn er lesen würde, daß die Han-
delkammer zu Offenbach von der Tätigkeit des
Handabusses erwartet, „daß sich die Gesetzge-
bung auf wirtschaftlichem Gebiete mehr unter
Berücksichtigung von Handel und Industrie und
mehr nach Recht und Gerechtigkeit wie seither
vollziehen wird“. Wenn dieser Satz einen Sinn
haben soll, dann doch nur den, daß die Gesetzge-
bung bisher sich nicht nach Recht und Gerechtigkeit
vollzogen hat. Die Handelskammer sagt da-
mit durchaus nichts neues, sondern sie bestätigt
damit nur die von uns schon oft aufgestellte Be-
hauptung, daß die wirtschaftliche Gesetzgebung
in erster Linie danach richtet, welchen Vor-
teil unsere ostelbischen Anner davon haben.
Will die Handelskammer, daß mit diesem Zu-
stande gebrochen wird, so muß sie schon ihre
Forderungen auf einen andern Faktor setzen als
es der Handabuss ist. Vor allem müssen die
Mitglieder der Offenbacher Handelskammer damit
brechen, in der nationalliberalen Partei
ihre Interessenvertretung zu sehen. Denn diese
Partei war es bekanntlich, die nicht nur im allge-
meinen für die Einführung des Schutzollsystems
in Deutschland hervorragend tätig war, sondern
die speziell bei der Durchberatung und Beschluß-
fassung über den neuen deutschen Zolltarif sich
wie kaum eine andere Partei engagiert und
bloßgestellt hat. Das sollten auch die Mitglieder
der Offenbacher Handelskammer sich stets vor
Augen halten. Daß es nicht verstanden wird, da-
für werden wir sorgen.
S. W.

Von den wirklichen Herren unserer Zeit.

Während die Arbeiter so schwer unter der allge-
meinen Teuerung zu leiden haben, strömt den wirk-
lichen Herren unserer Zeit ein immer gewaltiger
wachsender Reichtum zu; das zeigt uns wieder in
trocknen Zahlen die Bearbeitung der Geschäfts-
abschlüsse der deutschen Banken im Jahre

1908. Die Robert Kranz im Deutschen Economen
berichtet hat und legt als besondere Schrift er-
scheinen ist. Selbstverständlich haben die Deutschen
Banken im letzten Jahre wieder ihre Machtstellung
in unserem Wirtschaftsleben noch weiter vergrößert.
Die Zahl der Banken ist zwar von 214 auf 213
zurückgegangen, dagegen sind die eigenen Mittel der
Banken von 4672,1 Millionen Mark auf 4842,2 und
die eigenen und fremden Kapitalien der Banken von
27.560 Millionen Mark auf 29.340 gestiegen. Dabei
sind fast nur Banken mit umwärtens einer Million
Minutenkapital berücksichtigt, weil die kleineren Banken
ohne Bedeutung in dieser Beziehung sind.

Von den Banken sind 168 Kreditbanken. Ihr
eigenes und fremdes Kapital ist von 12.061,5 Millio-
nen Mark auf 13.739,1 gestiegen. Davon kam unge-
fähr die Hälfte auf die 9 Berliner Großbanken,
deren Kapital von 6333 Millionen Mark auf 6502
gestiegen ist. In Wahrheit aber ist der Einfluß der
9 Berliner Großbanken ein viel größerer. Tatsäch-
lich, so bemerkt zu den angeführten Zahlen der Be-
reiber der Geschäftsabschlüsse, ist ein viel größerer
Teil des gesamten Bankkapitals dem Einfluße der
9 Berliner Großbanken unterstellt. Die mit diesen
Banken in irgendeiner Form der Interessengemein-
schaft verbundenen Provinzialbanken sind zwar formell
selbständige Institute, aber sie gehören doch zu einem
Konglomerat, in dem die betreffenden Großbank den
Mittelpunkt darstellt. So umfaßt das Kapital der
Gruppe der:

	in diesem Jahre	im Vorjahre
Deutschen Bank	4 029 Mill.	3 875 Mill.
Dresdner Bank	1 550 "	1 361 "
Disconto-Gesellschaft	2 292 "	2 087 "
A. Schaaffhausenscher Bank- verein	874 "	875 "
Bank für Handel u. Industrie	1 009 "	919 "
Commerz. u. Diskontobank	434 "	384 "
Mitteldeutsche Kreditbank	201 "	179 "
Rationalbank f. Deutschland	400 "	334 "
Berliner Handelsgesellschaft	487 "	570 "

Die 9 Berliner Großbanken verwalten also
Ende 1908 zusammen mit den ihnen angegliederten
oder befreundeten Instituten ein Gesamtkapital von
11 276 Millionen Mark

gegen 10 587 Ende 1908. Das sind rund 83 Proz.
des gesamten von allen Banken verwalteten Kapi-
tals. Mit diesem Kapital beherrschen sie die großen
Unternehmungen in der Industrie und im Handel.

Diese Herrschaft muß das arbeitende Volk teuer
bezahlen. Der Bruttogewinn der Banken be-
trug im letzten Jahre 637,43 Millionen Mark gegen
611,32 Millionen Mark im Vorjahre und 145,71 Mil-
lionen im Jahre 1883.

Davon wurden als Dividenden an die
Aktionäre gezahlt im letzten Jahre: 285,09 Mil-
lionen Mark gegen 277,15 Millionen Mark im Vor-
jahre und 84,05 Millionen Mark im Jahre 1883.

Das arbeitende Volk sieht hieraus, wie sich der
Reichtum unserer Zeit immer mehr in der Hand
einer kleinen Clique aufhäuft. Wenn auch das
arbeitende Volk unter dem Trude der Teuerung
noch so sehr hungert, die Bankherren jucken immer
mehr Millionen als Profit ein. Dabei haben sie so
gut wie gar keine Gefahr für ihren Reichtum zu be-
fürchten. Vergleichen wir die Durchschnittsdividende
aller Banken vom Jahre 1883 ab, so finden wir die
niedrigste Dividende (6,02 Proz.) im Jahre 1901
und die höchste im Jahre 1890 (8,21 Proz.), im letzten
Jahre betrug sie 7,74 Proz. Die Schwankungen sind
sehr gering; die Aktien der Banken sind sichere
Papiere. Am besten stehen natürlich die Groß-
banken. Ihre Dividenden sind noch höher als der
Durchschnitt für alle Banken.

Bezeichnend ist auch, daß, wie der Bearbeiter der
Geschäftsberichte mit Recht hervorhebt, die Groß-
banken ihre Tätigkeit mehr und mehr auf das Aus-
land ausdehnen. So hat die Dresdener Bank sich
an der Übernahme einer neuen Aktienemission der
Banque S. Allard u. Co. in Paris stark beteiligt. Dies
hat die Bank in ihrem Geschäftsbericht mit dem Hin-
weis darauf gerechtfertigt, daß sie ihre gute Ent-
wickelung im letzten Jahre unter anderem der Er-
weiterung ihrer Beziehungen zum Auslande ver-
dankte und daß sie deshalb auf diesem Wege weiter
fortschreiten wolle. Die Deutsche Bank hat gegen
Ende 1908 unter Übernahme des Bankhauses
Valtes u. Co. in Brüssel eine neue Filiale errichtet.
Die Rationalbank für Deutschland hat sich die Aus-
gestaltung ihrer Beziehungen zum Auslande eben-
falls angelegen sein lassen, indem sie in engere Ge-
schäftsverbindung mit dem Credit Mobilier Français
trat, der unter ihrer Mitwirkung sein Kapital von

2 Millionen Frank auf 15 erhöht hat. Eine größere
wirtschaftliche Annäherung an das kapitalreiche
Frankreich, heißt es in der Besprechung dieser Ge-
schäftsberichte, ist schon lange unserer Bankwelt als
wünschens- und ersehenswert erschienen. Nachdem
nach die politischen Beziehungen zu unserem westlichen
Nachbar seit Jahresfrist offenbar wesentlich günstiger
gestaltet hatten, erachteten die Vorjenseitigen den
Zeitpunkt für gekommen, um praktische Schritte nach
jenem Ziele zu tun. Auch die Brüsseler Filiale der
Deutschen Bank dürfte in dem kommerziell und in-
dustriell in sehr guter Entwicklung befindlichen
Belgien eine fruchtbare Tätigkeit entfalten können.
Das klingt ganz anders als die „patriotischen“
Redensarten von dem „Schutze der nationalen
Arbeit“, mit denen die Zollwächter ihre schonlose
Ausplünderung des arbeitenden Volkes zu beschönigen
suchten und als die „patriotischen“ Dekrete
gegen das Ausland zur Rechtfertigung immer
größerer Ausgaben für den Militarismus und Marini-
mus.

Wir ersieht hieraus, daß unsere Kapitalisten,
vor allem aber die Bank- und Börsenjobber „Welt-
bürger“ in des Wortes vermögenter Bedeutung sind.
Ihr Vaterland ist die ganze Welt, d. h.
soweit in derselben Geld verdient und Kapitalprofit
ergattert werden kann. Sie sind irgendwelchen sogenann-
ten „patriotischen“ oder „nationalen“ Gefühlsdün-
gelein hinzugeben, haben sie keine Zeit und kein Ver-
ständnis, das überlassen sie lieber den durch Märgel-
und andere Vereine pseudonationaler Couleur
hinteres Licht geführten Arbeitern, deren Zahl glück-
licherweise auch von Jahr zu Jahr sich verringert.

Da wir nun einmal dabei sind, die wirtschaftliche
Sache unserer Zeit uns zu betrachten, so dürfte
es auch angebracht sein, nicht nur das mobile, also
das industrielle und im Handel „tätige“ Kapital,
sondern auch einmal das sogenannte immobilis, das
im Grunde angelegte Kapital zu betrachten. Sind
wir auch momentan nicht in der Lage, die das ganze
Reich betreffenden Zahlen zu geben, so kommt uns
doch eine Statistik gerade recht, die uns die We-
herrscher Oberschlefiens, also eines öst-
elbischen Eldorado, mit ostpreussischer Deutlichkeit vor
Augen führt.

Oberschlesien gehört nicht etwa, wie manche
Leute annehmen, den 1 1/2 Millionen Oberschlefiern,
die dort ihr schweres Eisen führen, nein, die
größere Hälfte des Gesamtvermögens nimmt
eine Handvoll Adelsfamilien in Anspruch, deren
Herrschaft schon auf der Bevölkerung lastet. Als
Großgrundbesitzer verfügen in den 15 ländlichen
Kreisen Oberschlefiens über fast 500 000 Hektar, das
heißt über die Hälfte der Gesamtfläche dieser Kreise.

Die größten Besitzer waren:

1. Herzog von Liepzig	42 001,0 Hektar
2. Fürst von Pleß	40 487,0 "
3. Herzog von Ratibor	38 304,5 "
4. Fürst zu Stolberg-Wernigerode	26 517,0 "
5. Prinz Hohenlohe-Ingelfingen	25 486,2 "
6. Graf Wendel Fürst von Dommers- mark	21 942,2 "

Insgesamt bejahen diese sechs Besitzer „nur“
rund 200 000 Hektar Fläche, wobei bemerkt sei, daß
rund 5600 Hektar eine deutsche Quadratmeile aus-
machen. Die Besitzungen des Fürsten zu Stolberg-
Wernigerode sind nunmehr für 17 Millionen Mark
in die Hände des Grafen v. Tiele-Winkler überge-
gangen. Graf v. Tiele-Winkler hatte im Jahre
1909 Güter im Umfange von 14 380,3 Hektar. Damit
dem nunmehrigen Erwerb besitzt er jetzt Güter in
einem Gesamtumfange von 40 807,3 Hektar Fläche,
also mehr als sieben Quadratmeilen! Von der Ge-
samtfläche des deutschen Großgrundbesitzes in Ober-
schlesien waren im Jahre 1909 fideikommissarisch
258 128,45 Hektar gebunden, was 24,33 Proz. der
Gesamtfläche der 15 Kreise ausmachte. Von der Ge-
samtzahl von 258 Großgrundbesitzern waren im
Jahre 1909: 64 „gewöhnliche“ Adlige, 14 Barone
und Freierren, 32 Grafen, 7 Fürsten und Herzöge
und 3 Könige von Preußen, Sachsen und Württem-
berg).

Gewöhnliche Adlige	70 520,77 Hektar
Barone und Freierren	11 458,25 "
Grafen	117 707,56 "
Fürsten und Herzöge	198 616,60 "
Könige	21 635,89 "

Das macht im ganzen „nur“ 419 930,07 Hektar.
Beinahe die Hälfte von Oberschlesien war also im
Jahre 1909 im Besitze von nur 120 Adels- und
Magnatenfamilien. Das alles ist Land, auf dem
ebenfalls freie Bauern hausen, die sich im Laufe der
Zeit den eisernen Fäusteln des Grundbesitzes

Die regelmäßige und genaue Eintragung des Arbeitsverdienstes ist Ehrenpflicht aller Mitglieder!

beugen und Konditionen und Leibeigenschaft jahrhundertlang auf ihre von der drückenden Last gekrümmten Knie schmeißen mußten. Erst im Jahre 1810 wurde bekanntlich in Preußen die Leibeigenschaft aufgehoben, d. h. formell, denn in Oberschlesiens Gefilden wie auch noch anderswo, bezieht sie als ungeschriebenes Recht noch heute. Haben wir im Volkshospital es in erster Linie mit dem aus den Industriearbeitern herausgeschundenen Mehrwert der Großbourgeoisie zu tun, so täten wir doch den oberirdischen Feindabern Unrecht, wenn wir sie nicht teil daran nehmen ließen. Im Gegenteil, die Herren haben ausnahmslos erkannt, wo der Goldstrom am mächtigsten fließt. Alle ohne Ausnahme sind daher mit gewaltigen Kapitalien an industriellen Werken (Berg- und Hüttenwerken vornehmlich) beteiligt. Und es entzieht sich jeder Berechnung, mit welcher gewaltigen Summen die Herrscher Oberschlesiens an den Kapitalien der Großbanken beteiligt sind. Und trotz allem wären die Herren mit all ihrem Reichum arbeitslose Schluder, wenn nicht die Arbeit der Hunderttausende Hände und Hände in ihre Dienste gezwungen würde und damit Werte auf Werte häuften, von denen die Arbeitenden selbst kaum etwas anderes haben als neue Laiten und neue Aneidung.

I. Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Paris, 21. September. Vom 18. bis 21. September tagte hier die erste internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Titel ist eigentlich falsch. Denn um die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen zu können, dazu müßte ihre Verursachung möglich sein. Die ist jedoch solange unmöglich, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, die weder geregelt ist, noch für den Bedarf produziert, die zwischen der Erzeugung und dem Verbrauch die Differenz des Mehrwertes enthält und durch den Konkurrenzkampf unproduktiv und verschwendend arbeitet. Das Elend der Arbeitslosigkeit kann nur beseitigt werden, wenn die Erzeugung gesellschaftlich geregelt und der Mehrwert verschwinden sein wird; dann wird die Arbeitslosigkeit kein Elend, sondern eine Erholung, der Gradmesser des technischen Fortschritts sein. Für heute kann es sich nur um die Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit handeln. Und deshalb hat man auf der Konferenz nicht über die Ursachen diskutiert, denn dadurch wäre die Konferenz auseinander gesprengt worden.

Es war eine sehr bunte Gesellschaft, die da unter dem Vorsitz des ehemaligen und zukünftigen französischen Ministerpräsidenten Léon Bourgeois versammelt war. Neben den Vertretern der deutschen, italienischen und schweizerischen Gewerkschaftszentrale, neben bekannten Gewerkschaftern und Genossen aus fast allen europäischen und einigen überseeischen Ländern, saßen die Vertreter des potentziellsten Scharfmachertums, der schwedische Generalausperrzer b. Sndow, der französische Reichs-Willemin, usw. Außerdem waren ungefähr 20 Regierungen offiziell vertreten; die deutsche Reichsregierung, die sich sonst so viel auf die sozialpolitischen Gesebe, die ihr von der Arbeiterklasse aufgezungen worden sind, zugute tut, war nicht darunter. Neben den Vertretern von Städten, statistischen und gemeinnützigen Instituten waren dann noch besonders zahlreich die sogenannten Sozialpolitiker vertreten, die Kerntruppe der Konferenz, wie Kaitrow, Brentano, Sombart, Verlesch, Raoul Fay usw.

Von wirklichen praktischen Erfolgen konnte somit nicht die Rede sein. In dieser Erkenntnis hat die Konferenz auch keine Beschlüsse gefaßt. Die Verhandlungen der Konferenz haben also für die Gewerkschaften nur einen sehr relativen Wert. Der Wert der Konferenz liegt in dem Material, das in den Berichten der verschiedenen Länder aufgeschrieben ist und das richtig ausgenützt werden muß, und in dem moralischen Eingeständnis, das die Konferenz an sich bedeutet.

Immer, wenn die Zustände einer Gesellschaft unerträglich werden, finden sich aus den Reihen der herrschenden Klasse Leute — bis vor 30 Jahren nannte man sie Philanthropen, heute nennt man sie Sozialpolitiker —, die gegen diese Zustände auftreten, weil sie die Gesellschaftsordnung, deren Nutznießer sie sind und an deren Existenz sie gern glauben möchten, vor Katastrophen bewahren wollen. Die unterdrückte, unter diesen Zuständen leidende Klasse hat aus reinem Selbstinteressen ein Interesse daran, diese Zustände zu beseitigen, und

so kann es kommen, wie eben jetzt die Regierungen, die Sozialpolitiker und die Vertreter der Arbeiter, daß sich die beiden Klassen in gleichen Weiraben begegnen. Die Konferenz ist also das ermutigende Zeugnis dafür, daß die Arbeiterklasse so stark und anspruchsvoll geworden ist, daß das Elend der Arbeitslosigkeit unerträglich für den gesicherten Bestand der Gesellschaft erscheint.

Von einigen freimütigen Scharfmachern und veräugerten Mandatlerperücken abgesehen, war sich die Konferenz einig, daß die Arbeitslosigkeit durch eine rationelle Organisation des Arbeitsnachweises etwas eingeschränkt werden kann. Von der Möglichkeit der Verrückung der Arbeitslosigkeit wagte niemand zu reden. Ungefähr ebenso einmütig war man der Meinung, daß der Arbeitsnachweis paritätisch, national, d. h. über den ganzen Staat und möglichst industriell organisiert werden muß. Doch die Organisation des Arbeitsnachweises trat zurück gegen über der Linderung des Elendes der Arbeitslosigkeit. Die Frage, um die gestritten wurde, war folgende: Soll die Unterbringung der Arbeitslosigkeit obligatorisch oder fakultativ, beruflich oder allgemein, häuslich oder staatlisch sein? Und wie soll die Arbeitslosenversicherung organisiert werden: durch selbständige Versicherungskassen, durch Angliederung an die allgemeine Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung, durch Unterstüzung der Berufsvereinigungen, die Arbeitslosenunterstüzung gewähren?

Mehr als aus den Debatten ging aus dem vorliegenden Tatsachenmaterial hervor, welcher Weg praktisch gangbar ist. Die allgemeine, obligatorische Arbeitslosenunterstüzung aus Unternehmer- und Staatsbeiträgen gedekt, von den Arbeitern allein verwaltet, wäre natürlich vom Arbeiterstandpunkt am wünschenswertesten. Soll aber eine solche Versicherung ausreichend hohe Unterstüzung ohne einschwerende restriktive Maßregel gewähren, dann würde sie einen Kostenaufwand verursachen, den zu decken der Staat sich noch lange weigern wird. Wenn man eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von drei Prozent annimmt, so würde eine derartige Verwirklichung z. B. für das Deutsche Reich mit 15 Millionen Lohnarbeitern und einem täglichen Unterstüzungsausfall von 2 Mrd. jährlich 325 Millionen Mark ohne die Verwaltungskosten erfordern. Es ist aber ausgeschlossen, daß der Staat solche Summen ausgeben würde und wenn er es läte, dann nur um den Arbeitern die Erhaltung besserer Arbeitsbedingungen zugleich zu erwirken, denn die Arbeitsbedingungen werden beeinflusst von dem Grade der Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter können und werden jedoch niemals in eine Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit durch einen sogenannten Arbeiterschutz einwilligen. Eine allgemeine fakultative Arbeitslosenunterstüzung mit Zuschuß aus öffentlichen Mitteln hat bisher überall Schiffbruch gelitten, ob sie nun formalmal oder staatlisch beruht worden ist. Gelingen ist bisher die Arbeitslosenversicherung nur durch die Selbsthilfe der Arbeiter, die zu unterstützen der Staat gezwungen werden muß. Und wir haben dafür Beispiele. In Dänemark, in Norwegen und in einigen Kantonen der Schweiz, vornehmlich in Genf, ist die Subventionierung der Arbeitervereinigungen, die selbst Arbeitslosenunterstüzung gewähren, gesetzlich eingeführt. Ebenso in Frankreich, wo sie jedoch fast wirkungslos geblieben ist, weil die Arbeiterorganisationen sich bisher in ihrer Mehrheit ablehnend gegenüber der Arbeitslosenunterstüzung verhalten und übrigens nur einen geringen Bruchteil der Arbeiter umfassen. In Belgien und Holland wird die Subventionierung der Arbeiterklassen durch die Gemeinde betrieben, aber auch nur in einer beschränkten Anzahl größerer Gemeinden. In Dänemark sind heute nahezu 60 Proz. der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit versichert und aus Staatsmitteln ist den Gewerkschaftslosten im Jahre 1908/1909 die für ein Land von 2½ Millionen gewaltige Summe von 376 159 Kronen zugeflossen. Stellen wir daneben, was die deutschen, die österreichischen, die englischen Gewerkschaften gegen die Arbeitslosigkeit aufbringen, dann begreift man, wie ein bürgerlicher Politiker wie Herr Bourgeois in seiner Schlussrede, in der er das Ergebnis der Verhandlungen zusammenfaßt, sagen mußte: „Alles was gegen die Arbeitslosigkeit bisher getan worden ist und was gegen sie getan werden kann, muß beruflich, gestützt auf die Berufsvereine der Arbeiter geschehen — oder es ist nichts geschehen.“ Das ist das ermutigende Fazit der Verhandlungen. Die am Schluß der Konferenz gegründete Internationale Vereinigung

zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat ihren Sitz in Genf. Erster Sekretär ist Herr Bailex, Coupure rue d'Orléans 50 und Genosse Anselme in Mailer. Der Jahresbeitrag beträgt 10 Frank für Einzelpersonen, 25 Frank für Männerfamilien und 30 Frank für Weiber. A. G. M.

Kinderlegen und kein Ende.

Die bekannte unter diesem Titel erscheinende Schrift des Arztes und Genossen Fritz Prupbacher in Zürich liegt jetzt in neuer, durch statistisches Material reichlich vermehdeter Auflage vor. Sie kommt zu rechter Zeit, weil sie eines der wichtigsten Probleme der kämpfenden Arbeiterklasse mutig anspricht. Und weil gerade jetzt das werktätige Volk aus der Förderung der Lebenshaltung erziehen muß, wie seine harten Kämpfe um die Erhöhung des Geldlohnes nur die Erhaltung des Sachlohnes bewirken. Deshalb ist es an der Zeit, der rein praktischen Frage, die mit den Theorien über die Bevölkerungslehre gar nichts gemein hat, näher zu treten, ob die unbeschränkte Kinderzahl ein Hindernis oder eine Triebkraft in dem großen Kampfe der Arbeiterklasse bildet.

Was auch von modern aufklärtem Trodel „Hilflicher“ Bedenken gegen die freiwillige Beschränkung der Kinderzahl ins Feld geführt wird, kann voll ständig ausgeschlossen, weil das kämpfende Proletariat über die tranzendentalen, von seinen Genossen aufgebauten Hindernisse, lächelnd hinwegschreit. So sogar alles quindäbliche Für und Wider ist geeignet, der Frage ihren rein praktischen und persönlichen Charakter zu nehmen. Ihr mit prinzipiellen, bevölkerungstheoretischen und moralischen Gründen zu begegnen, heißt die für jeden Arbeiter wichtige Frage zu einem Problem der Ausfucht gestalten.

Wie sehr der „Kinderlegen“ die Arbeiterfamilie bedrückt, den Vater in der Verleistung des Kampfes ums Dasein hindert, die Mutter zur Gebärmaschine herabwürdigt und die Kinder zu frühzeitigem Tode oder lebenslänglicher Minderwertigkeit verurteilt, das zeigen uns Statistik und Nationalökonomie. Die philanthropischen Mittel der Säuglingsfürsorge, des Wöchnerinnenhauses und der sozialen Hygiene reichen nicht aus, das Hebel an der Wurzel zu treffen, wie die Sterblichkeitsziffern nur zu deutlich zeigen. Dagegen lehr uns die Statistik, daß je tiefer die Stufe des Einkommens ist, desto höher diejenige der Geburtenziffer und Sterblichkeitszahl ansteigt. Armut, Geburtenhäufigkeit und Kindersterblichkeit gehen Hand in Hand. So daß der große Kinderarzt Pieder mit Recht den Ausspruch tat: die Lebensfähigkeit und Lebensdauer der Kinder werden bestimmt durch das Verhältnis der disponiblen Lebensmittel zur Zahl derer, die sich darin teilen sollen.

Vor allem aber geht die von Prupbacher angeregte Frage die Mütter an, weshalb wir die Beschränkung der Kinderzahl eigentlich als den wichtigsten Teil der Frauenfrage ansehen. Wertwürdigerweise hat man dies weder innerhalb der bürgerlichen noch der proletarischen Frauenbewegung begriffen, die Frauen scheinen die ihr Lebensglück in erster Linie berührende Sache als ein Hübrmächttat und mit einer Scheu zu betrachten, die wiederum nur zu deutlich zeigt, wie tief uns noch die alten pseudomoralischen Formeln im Blute stecken. Und weil es gerade den Frauen obliegt, hier klar zu sehen und klar zu handeln, deshalb zitieren wir an dieser Stelle die eindringlichen Worte, die Prupbacher an sie richtet:

„In erster Linie liebt die Mutter unter zu vielen Geburten. Sie liebt geistig und leiblich. Vor allem die Arbeiterfrau. Sie kann sich, zumal wenn sie schon mehrere Kinder hat, nicht genügend pflegen und füttern wie die Frau der besseren Stände. Sie muß ihre Hausgeschäfte wie immer ohne Magd oder Mägde besorgen, oder ihrer Arbeit außer dem Hause nachgehen. Sie wird es aus wirtschaftlichen Gründen möglichst lange tun. Soll man ja doch erst recht arbeiten, um doch einigermaßen vorzusorgen für die schwere Zeit des Kindbetts, die doch stets noch außergewöhnliche Kosten mit sich bringt. Für ihre eigene Person nicht genügend genährt, soll sie auch noch den ungeborenen Sprößling mit den Säften ihres Leibes erhalten. Die Schwangerschaft bringt sie herunter, weil sie auch in diesem Zustande viel, oft noch mehr arbeiten muß, nicht aber gehörig ernährt wird. Sie soll für zwei essen, der Mann verdient aber nicht etwa plötzlich mehr, wenn die Frau guter Hoffnung wird. Es wird also ein Defizit in ihrem eigenen Leib, an ihrem eigenen Fleisch die Folge sein, denn irgendwoher muß doch Fleisch und Wein des Unge-

berenen seine Nahrung heranzubringen. Und das wiederholt sich mit jeder Geburt und mit jeder Geburt fällt die Frau mehr ab, altert zu früh und in gewöhnlich Mitte der vier eine abgetriebene Nieme mit unzeitiger Geburt, magern Leib, gelb, fränklisch, eine vorzeitige Geringe. Um so schneller kommen all diese Alters- und Alterserscheinungen, je häufiger nacheinander die Geburten sich einstellen. Und mit diesen Erscheinungen geht immer eine stets abnehmende Widerstandsfähigkeit gegen alle möglichen Krankheiten von Rheumatismus und Anflüssen bis zur Lungenentzündung. Denn der geschwächte Leib vermag sich nicht mehr zu wehren gegen Krankheitskeime. So geht es der großen Mehrzahl der Proletarierfrauen Schneller als bei ihren Geschlechtsgenossen der bürgerlichen Stände herab, ihnen Jugend und Gesundheit in Zukunft. Und gleich geht es ihrem Gemüt und Gemüt. Auch das Gehirn wird fähiger, schlaff, genährt und ausgemergelt, was sich zuerst in der Verwirrung offenbart, sodann aber im Geistes- und Verstandesleben. Früher den fürstlichen Unmüden treten die ständige Angst vor neuer Schwangerschaft, Anämie und Sorge um die stets sich mehrenden Ausgaben hinzu.

Dazu kommen noch die vielen Unterleibsleiden. Die Arbeiterfrau muß aus wirtschaftlichen Gründen möglichst bald nach der Niederkunft ihr Bett verlassen, um den Säugling zu pflegen, die Hausgeschäfte wieder aufzunehmen. Denn wie reich das kleine Einkommen des Mannes dazu, eine Diät zu verbieten. Sie muß den kleinen unterleiblichen, ihn wachen, aufstehen, aufhören und pugen, bevor die Gebärmutter sich gehörig zurückgebildet hat, oft schon in den allerersten Tagen des Wochenbettes.

Wie wird eine wirkliche Frauenbewegung möglich sein, solange die Frau noch so sehr unter der Last der Geburten leidet. Erst wenn sich die Frau von ihrer Sklaverei der Gebärmutter emanzipiert, wird sie sich überhaupt emanzipieren. Deshalb soll gerade die Frau sich energisch wehren gegen einen zu reichlichen Kindererwerb, und hat man sehr pfeifend die Mittel gegen denselben als Frauenrecht bezeichnet. Zu reichlicher Kindererwerb ist das größte Hindernis für die persönliche Vervollkommnung und die freie Entwicklung des Weibes. Weing und körperlich rücken zu viele Geburten die Frau zugrunde, machen sie zu einem tieferstehenden Wesen, einem Menschen zweiter Ordnung. Und wie frühzeitig geplagt ist sie nicht auch mit den Kindern auf Jahre hinaus, wie beschränkt muß die ihr Horizont werden in den steten Jammer, in Kummer und Sorge um das allerelementarste körperliche Wohlfühl! Wie soll sie da der Frauenbewegung, dem Sozialismus sich anschließen, auch nur den Vorbeugungen des Mannes Verständnis entgegenbringen. Und so beschränkt ist die Hälfte der Menschheit und von dieser wird die andere Hälfte erzogen! Arme Kinder, arme Mütter!

So spricht ein ernsthafter Sozialist, ein erfahrener Arzt und wahrer Menschenfreund zu den denkenden, zum Selbstbewußtsein erwachten Arbeiterinnen! Die Natur hat ihnen den größeren Teil der Sorgen und Lasten der Fortpflanzung des menschlichen Geschlechtes aufgebürdet. Deshalb sind sie vor allem berufen, die Mittel zu prüfen, die zur Erhaltung ihrer selbst und damit der Menschheit vorzuschlagen werden. Mögen sie sich endlich von dem Wahne befreien, als sei die Regulierung des Nachwuchs etwas Unnatürliches und daher Unmögliches. Unmöglich handelt die Gesellschaft, die durch ihre Einrichtungen die Arbeiterklasse degeneriert, sie im Interesse ihrer Selbstheilung zu Abwehr- und Schutzmaßnahmen zwingt.*

Die „Streikwalle“ in Moabit!

Man könnte diesem Kapitel auch die Überschrift geben: Die Arbeiterkassette und die Presse, ohne an dem Inhalt auch nur das geringste ändern zu müssen.

Wie unsere Leser bereits aus der Tagespresse entnehmen haben werden, ist es in Moabit (nordwestlicher Außenbezirk Berlins) zu unangenehm heftigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Publikum gekommen. Und das kam so! Die Kohlenfirma Kupfer u. Co. hinter der kein geringerer als der ehemals schwebeliche Aktivist Millionär Stinnes steht, wollte ihren Arbeitern nicht die von diesen verlangte geringe Lohnverbesserung gewähren. Kurzhand wurden die Leute abgemessen, entlassen und an deren Stelle die berüchtigten Gesellen der „Arma“ W. Müller-Altona eingestellt. Die Streikenden stellten Streikposten aus, wie das ja immer geschieht und die Arma Stinnes-Kupfer u. Co. bewaffnete die Arbeitswilligen mit Revolvern und sonstigen nützlichen Gegenständen und alarmierte die Berliner Polizei. So weit, also wie man sieht, das in Preußen übliche Verfahren. Die Streikposten wählten ihres Amtes, sie machen die

„nützlichen Elemente“ auf ihr Verbrechen an der Soldaterei aufmerksam. Möglich, daß hierbei sogar hier und da ein hartes Wort fiel, denn Mobilien- und Arbeiter sind schließlich keine Weibchen, sie pflegen im Umgang mit Unrechtlern nicht jedes Wort auf die Wulstung zu legen. Die „nützlichen Elemente“ fühlten sich vorwärtsgerichtet bedroht und leiteten ihre Revolver auf die ihre Pflicht ausübenden Streikposten ab. Die Polizei schreitet zum „Schutz“ des Publikums — pardon zum Schutz der Arbeitswilligen ein, denn das Publikum war gar nicht bedroht, wenigstens nicht durch die Streikenden. —

Jeder der wenigen vom Dase des Stinnes rollenden Maschinen wurde von 6-8 „Schutzleuten“ hoch zu Hof begleitet. Kinder, Frauen, junge unreife Mädchen und der Berliner Junkel, der sonst bei Karaden und börischen Feiten den Rahmen stellt, sammelten sich an, erdrückten viel leicht hier und da wirklich für Sekunden den Verkehr auf der Straße, womit das „Empfehlen“ der „Schutzleute“ Bedingung wurde, denn nach den Worten des Berliner Polizeipräsidenten, des Junkerprinzen v. Jagow, dienen die Straßen dem Verkehr. — Die bürgerliche Presse war während über den Verlaut des Portefeuilles in Magdeburg, ihre Witze noch über den Anstalt der Wahl in Frankfurt-Leban und — das muß man der bürgerlichen Frechheit lassen, sie hatte einen guten Instinkt, als sie diese Gelegenheiten beim Schopfe nahm, um den so verhassten freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei eine empfindliche Schlappe beizubringen. Was die Presse, Müllern und Schell die drei großen Berliner Zeitungsblätter in diesen Tagen sich an der arbeitenden Bevölkerung Berlins vergangen haben, das ausführlich zu schildern vermag keine Feder. Die Schamrote hing uns ins Gesicht, als wir schrieben, daß mit an allererster Stelle das „Lichtstrahl“ und „Westlicher Tagblatt“ hand, das bisher auch von manchen Leuten aus unseren Kreisen als unabhängiges Blatt bezeichnet wurde. Jergend ein phantastischer Freischlingler wurde nach Moabit geschickt, der binnen wenigen Stunden mit Berichten in der Redaktion eintraf, die alles bisher auf diesem Gebiete geleistete in den Schatten stellten. So ein verwers veranlagter Mensch berichtet von Schlächtern, die nie aufgefunden haben, von eingeschlagenen Riechbüchern, die auch nicht die geringste Beschädigung erlitten haben, von Kämpfen der Streikenden mit den Schutzleuten auf den Dächern der Häuser (so zu lesen im Tageblatt), von Straßen, die infolge der Verge von Scherben und anderen Gegenständen vollständig unpassierbar waren, von halb und ganz tot geschlagenen Schulkindern usw., alles Waffische „Faschaden“, von denen nachher auch nicht der hundertste Teil nachgewiesen werden konnte.

„Probleme und Sozialdemokraten“ nennt der fromme Reichsbote, das Leitblatt protestantischer Pfaffen, die gemißhandelte Bevölkerung und feilt mitend über zu geringen Schmeiß der Polizei und deren ungenügende Waffen. Sein Lobeslied aus in dem Maße nach der Tätigkeit der Wachmannsgewehr. Und solches Frechgehirn magt es hier auf Erden nach im Namen Gottes Erziehung und Kultur verbreiten zu wollen? Eine komische Vorstellung müssen diese Leute doch von ihrem Volke haben! — Aber doppeltes Gesicht und entsprechender Profit wirkte ja der Sensationspresse. Zu Hunderttausenden konnte sie im Stragenverkauf ihre mit blutdürstigen Heberchristen verlebene Erzeugnisse absetzen und was noch ganz besonders ins Gewicht fiel, man zeigte der Welt doch endlich mal wieder das wahre Gesicht, nämlich die Mobilität der kapitalistischen Presse. Die Polizei in Berlin wurde nie so gelobt, nie so angefeuert, nie so bedingungslos in Schutz genommen, wie in den Moabiter Tagen. —

Moabit in der konservativen Stadtteil Berlins, er in das Domizil der kleinen und mittleren Beamten, nur einige Tiefenbetriebe der Metall- und Elektrizitätsindustrie liegen hier drüben, deren zahlreich Arbeiter aber größtenteils in anderen Stadtteilen wohnen. Und diesen Beamten, Kleinbürgern usw. hat die ununiformierte, mehr noch aber die nicht-uniformierte Schutzmannschaft diese Gentlemen mit den Gummischläuchen und oft sehr zweifelhafte Vergangenen: den Patriotismus und die Vaterlandsliebe ausgebrochen, daß man eigentlich keine Freude daran haben könnte, wenn die Sache nicht einen so traurigen Hintergrund hätte. Verächtlicher von Zeitungen, Hauswirte im eigenen Hause, kurz und gut alles, was der entsetzten Soldateska in Zivil unter die Hände kam, wurde durchgeprügelt, durchgeprügelt unter dem Peisalsgeschell und der Aufsehung der Polizei durch die links, rechts- und garnichtsliberale Presse. Diese Presse nahm und nimmt in ihrer beispiellosen Wut nicht einmal Notiz von der Durchblutung der eigenen Arbeiter, nicht Notiz von Aufschritten von wirklich objektiv berichtenden Augenzeugen, die aus „a n-

ständigem Leserkreise“ an sie gerichtet wurden.

Endlich — und das allein war die Rettung der Moabiter Bevölkerung, sonst wäre sie wohl nach Art der Hereros noch gänzlich bezimert worden. Endlich erblickten auch 4 Vertreter der ausländischen Presse die preussischen Polizeigewalt und stübel zu sehen. Diese Leute, das muß man zu ihrem Lobe sagen, sie waren keine prägeliebten Mafse, Müllern oder Schell-Junker, sie forderten Genehmigung vom Junker v. Jagow, vom Junker v. Falkow und diese haben nun erst, was angerichtet worden war. Sie entschuldigten sich, was sie den „Freischmännern“ deutscher Junge gegenüber nie für notwendig gehalten hätten, sie prüften die Meute zurück und nun in mit einem Schloß Moabit. Jetzt erst in Ruhe, wo die Polizei den Kampfplatz verlassen hat! Und das genügt doch! Doch nicht nur die Berliner Presse, ebenso, so sah in demselben Verhältnis wie der Erscheinungs-ort eines Blattes näher oder weiter von Berlin entfernt ist, wurden die treuen Schwindler der Berliner Presse noch frecher und blutdürstiger ausgehakt.

Wir sind an ziemlich harten Tabak gewöhnt, aber was auf diesem Gebiete die „Effenbacher Zeitung“, ein augenblicklich aus dem Reichsverband des Reichs-wahrscheinlich verbundes geipenes Blatt leidet, was wir nicht nur jetzt, sondern schon seitdem wir das Blatt zu lesen gezwungen sind, wiederholt feststellen konnten, geht doch noch über die Stillfahrungen eines professionierten Nordromanischreibers hinaus. Nachdem es schon die ganze Woche hindurch wahre Schamvollstane der Verleumdung, Miß und Heimtücke gegen die Arbeiterklasse Berlins geschleudert hatte, läßt es in der Samstagnummer noch einen Verlaut von einem „Augenzeuge“ aufmarschieren, der den Beweis erbringt, daß der „Augenzeuge“ entweder verrückt oder aber ein Verbrecher sein muß. Der „Augenzeuge“ ist nachweislich Schwindel. D. H.

Unter der Spitzmarke „Moab oder Arbeiter“ behandelt der Wenig das Thema „Moabit“ in einer Weise, daß man sich fragen muß, was denkt, was hält der Mann von der Intelligenz der Effenbacher Bevölkerung. Um dieses Haupt von Miß und Schwindel auch weiteren Kreisen unserer Kollegen und namentlich zur Erheiterung der Berliner zur Kenntnis zu bringen, lassen wir einige Partien aus dem Verichte des höfentlich noch nicht gekorrigierten „Augenzeuges“ folgen: Er betont zunächst, daß die besseren Arbeiter, die in Moabit 3- und 4-stimmige Vorderwohnungen bewohnen, die Angehöriger der Polizei waren. (Solche Wohnungen könnte bekanntlich auch nicht der „beste“ Arbeiter bezahlen.) Es heißt da:

Jeder, der den Kämpfen mit eigenen Augen zuseh, wird überdies bestätigen können, daß die große Mehrheit der angreifenden Volksmassen aus ungeklärten Arbeitern bestand. Natürlich hat es auch an Junkel und Mob nicht gefehlt, — der ist in jeder Großstadt mit einem Male zur Stelle, wo es Standa und Mobau gibt. Aber hervorgerufen haben diese Elemente die Araballe von Moabit nicht. Sie sind von langer Hand vorbereitet gewesen. — von welcher Hand, läßt sich wohl ohne besondere Schwierigkeit stellen erraten, wenn man sich mit dem „Rechtswesen“ in wirtlich eine Meinung, daß das sozialdemokratische führende Parteigang sein Wort des Tadels oder der Verachtung für die Ruhebrüder fand, sondern sah ohne Einschränkung für sie, gegen die Polizei, eintrat. Der Ernst dieser Ausschreitungen kann nicht überschätzt werden. Es ist der Unmuth und Unschönheit der Polizei zu danken, daß sie nicht noch größere Dimensionen angenommen haben. Es heißt z. B. feil, daß in der Nacht zum 25. September ein gewaltthamer Heberfall der Loewischen Fabrik geplant war, wo Tausende von Schickwaffen und die entsprechende Munition lagern. Es war einzelnen Trupps auch bereits gelungen, das Gebäude zu betreten, in das ihnen der Führer, sei es aus Furcht oder Mißwisslichkeit, Einlaß gewährte, sie wurden indessen von den militärischen Posten, welche die Bewachung der Waffenvorräte übernommen hatten, wieder vertrieben. Die nächsten Wochen sollen, wenn verschiedene Anzeichen nicht trügen, eine Wiederholung der Kravalle in anderen Teilen der Stadt bringen. Offenbar beabsichtigen die dem Kampfe wohlweislich fernbleibenden Trübsünder hinter den Kulissen, die in Wink folgenden Massen nach und nach planmäßig zum offenen Aufbruch gegen die Staatsautorität zu erziehen. Es ist im Interesse der bürgerlichen Ordnung dringend zu wünschen, daß diese Verfaße mit der äußersten Schonungslosigkeit und unter der Anwendung der schärfsten Gegenmittel im Keime erstickt werden.

Wir denken, diese Kontrolle dürfte genügen, um dieses Blatt der Berachtung aller anständigen Men-

* Der Betrag der Schrift „Arbeiter und sein Ende“ von Dr. Knipphagen, H. Kiel u. Co. in 5 in München, hat zu agitatorischen Zwecken für die Arbeiterorganisationen eine billige Ausgabe veranstaltet, die nur direkt vom Verlage in Berlin bei H. E. S. u. Co. bestellt ist.

sehen preiszugeben. Ueberflüssig ist wohl auch hinzuzufügen, daß alles das, was dieses chromierte „Nationalmerale Blatt“ also gewissermaßen Vebel-Puffermannisches Wadbruderorgan als leuchtend bezeichnet, blühender Schwundel ist, erdrossen von einem Zeilenständer schimmiger Sorte, gebracht von diesem Blatte, um die freierorganisierte Arbeiterschaft anganzubeln und zu verächtigen. Und doch, man sollte es nicht für möglich halten, wird uns versichert, daß dieses Blatt von einem großen Teile unserer Eisenbacher Kollegen, als Leib- und Magenblatt gehalten und gelesen wird. Schon längst hegen wir die Absicht, den Antrag in diese eitrige Wunde zu legen, die letzte Wunde schlug dem Falle den Boden aus! — Wie lange noch, so fragen wir unsere Offenbacher Kollegen, laßt ihr euch von Plättchen dieses Schlages die Befindlichkeit eurer Massenengenossen und Arbeitsbrüder gefallen?

Wie lange noch unterfrüht ihr, die ihr dieses Blatt leset, eure mitläufigen und skrupellosen Feinde? Wie lange noch soll dieses Blatt immanente sein, die Inzeratenplattage für den dortigen Arbeitsmarkt darzustellen?

Von jetzt ab nicht mehr! Bis hierher und nicht weiter! So hoffen wir, wird die Antwort unserer Kollegen lauten. Tagt sie zum Tuschel, diese Streifen, die dem arbeitenden Volke die Seele vergiften, die Ehre belüdeln und — den Hals vollschwindeln. hinaus mit diesem Zeug aus der Arbeiterwohnung! Kern denken und leset die Arbeiterpresse!

Die nützlichen Elemente!

Die „nützlichen Elemente“, das sind bekanntlich jene Ehrenmänner, die es sich angelegen sein lassen, stets dann, wenn in irgendeinem Verufe ein Streif ausbricht, an sich selbst zu erndeten, daß sie eigentlich zum Arbeiten bestimmt sind. Unter normaler Verhältnissen veripären diese Gentleman zum größten Teil niemals das Bedürfnis zu arbeiten und — wenn es schon wirklich noch manchmal der Fall wäre, es würde ihnen nichts nützen, denn kein Arbeiter würde längere Zeit mit den Leistungen solcher Leute zufrieden sein, die als notorische Stümper im Verufe gelten können. Aber auch in sittlicher Hinsicht und vom Standpunkt des Meinlichkeitsgefühls aus betrachtet, zeigt so manche dieser Ohänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes Eigenschaften, die nicht sehr vertrauenerweckend sind. Wenn z. B. sie den beim Lesen des nachfolgenden Berichts, den wir der „Veipziger Volkszeitung“ entnehmen, nicht die Worte ein, die der „alte Fritz“ nach der Schlacht bei Jorndorf an seine Umgebung richtete, als er erfahren hatte, wer alles seine Gegner waren: „Und mit solchem Gefindel muß man sich herum schlagen!“ So sagte seinerzeit der große Zyniker auf dem Throne. Doch lassen wir den Bericht für sich selbst sprechen. Die „Veipziger Volkszeitung“ schreibt:

„Während des Sattlerstreiks sollen die Arbeitswilligen Hoffmann, Mila und Hegler an drei Abenden auf dem Nachhausewege von aussäuländigen Sattlern befristigt und beschimpft worden sein. Besonders schlimm soll diesen drei nützlichen Elementen am 12. und 18. Mai mitgespielt worden sein. Sie wollen bei ihrem Betreten der Straße bereits von einer großen Zahl streikender Sattler erwartet und auf dem ganzen Wege bis Lindenau fortwährend mit Schimpfwörtern traktiert worden sein. An dem einen Abend will der Arbeitswillige Hoffmann bereits vor Geschäftsschluß zu seinen beiden Genossen gepöbeln haben: „Seht in eine Laus in der Suppe; wir müssen zusammengehen, sonst bekommen wir Keisel!“

Es hatten neun Sattler auf der Anklagebank Platz zu nehmen, um sich wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Einige der Angeklagten waren aber, wie auch Zeugenaussagen ergaben, an den fraglichen Abenden zur gegebenen Zeit ganz wo anders gewesen, während die drei arbeitswilligen Kronzeugen nicht in der Lage waren, mit der zur Verurteilung nötigen Bestimmtheit zu bekunden, daß alle auf der Anklagebank sitzenden an den Vorgängen beteiligt waren. Unter den für den Staat besonders nützlichen Elementen befand sich übrigens auch einer, der bereits wegen Meineids sechs Jahre Zuchthaus hinter sich hat und deshalb nicht verurteilt wurde. Nach seinen Vorstrafen befragt, flüsterete Herr Hegler schamhaft, er sei „wegen Eid“ bestrast. Auf die Frage nach der Höhe der Strafe erklärte er zurückhaltend und lakonisch: Sechs! und fügte beiseite hinzu, er wolle von einer Aussage absehen. Als ihn der Vorsitzende ermahnte, trotzdem die Wahrheit zu sagen, renommierete Herr Hegler aber schon wieder: „Die habe ich überhaupt stets gesagt!“

Von einem anderen „nützlichen“ Zeugen wird uns berichtet, daß er auch Dreck am Stecken haben solle, was wir aber von hier aus nicht nachprüfen

können und deshalb es uns auch versagen müssen, des näheren darauf einzugehen. D. M.

Es wurde auch festgestellt, daß den drei Arbeitwilligen auf der Festgenade der Mai gegeben worden war, einen anderen Weg zu gehen, daß sie aber trotzdem die Lindenauer Chaussee genommen waren.

Die Streikwänder, die man bei der nicht beizetzten Firma Wädler beschlagnahmt waren, sind auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft durch die Polizei mit Hilfe der Arbeitswilligen dadurch „ermittelt worden“, daß sie sich auf dem Dore der Wädlerischen Firma aufstellten und die Arbeitswilligen die Beteiligten herausjuden. Einer der auf so gloriose Weise „ermittelten“ Wänder konnte nachweisen, daß er zur Zeit der „Tat“ in einem Geschäft weit von Schauplatz der Vergebenheit Einfälle gemacht hat. Ein anderer hat am Abend des 18. Mai, als die greuliche Geschichte passierte, angestrichelt auf dem Weg gelegen, um den Weltuntergang zu erwarten. Ein dritter befand sich auf dem Arbeitsnachweis im „Volkshaus“ und der vierte verhandelte zur kritischen Zeit friedlich mit dem Sohn seines Hauswirts über Raubbelästigungen. Unter solchen Umständen müßten diese Angeklagten wohl oder übel freigesprochen werden. Tagungen wurden die übrigen fünf zu Gefängnisstrafen von einer Woche, zehn Tagen und zwei Wochen verurteilt.

Der Verteidiger, Dr. Häbner, erklärte, er müsse bittere Klage darüber führen, daß es den Angeklagten durch die Behörden nicht ermöglicht wurde, ihren Alibiweis möglichst rasch zu führen, wodurch sie benachteiligt worden sind. Die Entlastungszeugen seien in der Vorbereitung nicht rechtzeitig vernommen worden. Eine solch summarische Art der Untersuchung durch den Staatsanwalt gehe nicht an. Wenn der Alibiweis nicht mehr vollständig erbracht werden kann, so sei dies ein Verschulden der Anklagebehörde.

Es dürfte unsere Leser interessieren, zu erfahren, daß der solche „Staatsverbrechen“ wie den vorliegenden der Oberstaatsanwalt Wöhne in höchst eigener Person für Ordnung und Sitte in die Schranken tritt.

Der Streik bei der firma Arnade im Lichte der Öffentlichkeit.

Der Jahrestagungsangang dem Ende seit dem Tag vergangen. Da unser Obel mit fünfzehn reut Im Ruchthaus ansetzungen.

1. Strophe zum Tafelred bei dem 25jährigen Geschäftsjubiläum der Firma A. Arnade. D. M.

Um die große Masse unserer Kollegenschaft über unser Vorgehen aufzuklären, fühlen wir uns veranlaßt, etwas an die Lesenden und Verwaggründe dieses für Götlich-Mons! — augenblichen Ereignisses einzugehen. Seit vielen Jahren bildet die Firma Arnade sowie der kleinere Schornmacherbetrieb von Wener, Götlich, auf den wir später noch ganz besonders zu sprechen kommen, das Pechmittel für die fortgeschrittenen Arbeiterkassenteller im übrigen Reich. Ganz erschwerend fällt diese Schmutzkonzurrenz in Götlich bei Lohnkämpfen in anderen Städten ins Gewicht. Ueberall, wo halbwegs entsprechende Verhältnisse vorhanden sind, wird uns der Vorwurf gemacht: „Geht erst nach Götlich und schafft dort andere Zustände und lauziliche Vereinbarungen, da wir gar nicht in der Lage sind, diesen markt-schreierischen Angeboten der Firma Arnade standzuhalten.“ Diesen ganz gerechtfertigten Wünschchen ist Rechnung getragen worden, indem vom Verbandsrat der Sattler und Portefeuller die Ganleitung von Breslau nach Götlich verlegt wurde. Schon seit Jahren verjuchte der Verband in Götlich festen Fuß zu fassen; aber man muß es der Erziehungsmethode und den Gewaltmitteln genannter Firma lassen, sie hat es verstanden, sich Leute zu ziehen, für die das geflügelte Wort „in Demut erstickend“ noch zu guten Klang besitzt, noch viel zu sehr nach „Energie“ klang. So eine Benüßigtheit, Gleichgültigkeit und stumpfe Ergebenheit in den „höheren“ Willen des Unternehmers konnte man nur unter unseren Verlagsengenossen in Götlich finden. So mancher Kollege wird uns beim Lesen dieser Zeilen recht geben. Wie viele tüchtige Kollegen gibt es im Reich, die gewagt hatten, wider den Stachel zu lösen, sie wurden unarmherzig aufs Straßenpflaster geschleudert, gleichviel zu welcher Zeit. Die man gar in dem Geruch standen, leitende Personen des Verbandes zu sein, die wurden natürlich mit Stropfionen geächtigt. Wie weit so ein Unternehmer glaubt Einfluß zu besitzen, geht daraus hervor, daß einem Kollegen seinerzeit gesagt wurde: „Wenn Sie bei mir nicht arbeiten, so werde ich dafür sorgen, daß Sie in ganz Schlesien keine Arbeit bekommen!“ — Keum glaublich, aber Wahrheit aus Mous bei Götlich. Bereits 1907 hatte sich ein Häuflein entschlossener Männer

gefunden, die bereit waren, mit den alten Profiteuren der Herren Arnade und Wener anzukommen. Aber weit gefehlt, da mußte nicht die Fesheit sonst geziehen sein, daß für die wärtiger Zentlerstellen die 15. und 16. stündige Arbeitszeit ein Minderispiel bedeute. Es fanden sich noch so viele, welche es als einen Segen betrachteten, 11 Stunden in der Fabrik und 1 bis 2 Stunden zu Hause mit Frau und Kind zu arbeiten. Das die noch hinein, so hielt es kategorisch, und wenn nicht paßt, der kann gehen. Man muß die Kollegen befrucht, muß so manches Kommielend kennen gelernt haben, um zu dem Urteil zu gelangen: „Der ist es notwendig, der kapitalistischen Ausbeutungsmethode einen Damm entgegenzusetzen.“ Zu einem Teile war es uns schon gelungen. Anfang 1909 ließ man die Gewerbetreibenden zur „Audienz“ laden und alle Organisierten mühten die Hände hochheben gen, wie im Marionettentheater und wurden dann entlassen resp. durften nach Enttänkung ihres Koalitionserrechts weiterarbeiten. Dabei fiel auch der bekannte Ausspruch eines der Herren Betriebsinhaber: „Ich habe es mit dem Sattlerverband geschafft, da werde ich auch mit dem Federarbeiterverbande fertig werden!“ Nun, wir können es heute verraten, ganz „schüttel“ und „unberein“ in der Betrieb nie gewesen. Trotzdem uns Herr Arnade des Verjehens schon vor Jahren gab, seinen Arbeiten bezüglich der Organisation keine Hindernisse in den Weg zu legen, so lehren uns die Tatsachen bis zur Stunde, daß ein Ehrenwort des Unternehmers für uns ein unwichtiges Stief Papier bedeutet. Der Organisationsgedanke sah aber doch seinen Fuß, da man sich davon doch eine Veränderung der unhaltbaren Zustände versprach. Auf die näheren Lohn- und Arbeitsverhältnisse kommen wir später zurück. Daß man die Agitation dem Herrn Kommerzrentat nicht verborgen bleiben konnte, ist klar. Den ersten Betriebsversammlungen Anfang Februar dieses Jahres legte man von seinen der Fabrikleitung wenig Wert bei. War man es doch gewohnt, viele zufriedene und gut erzogene, vollkommene „Archiere“ Schächler zu haben. Seitens der Moser Polizei wurden die Versammlungen streng überwacht; allerdings von der Strafe oder vom Nebenzimmer aus, nachdem man sich versichert hatte, daß es keine politischen seien. Weil in dieser Rülle der Verlust man eines Tages, kurz vor einer Betriebsversammlung, auf die gleiche Idee, zu sagen: „Geht heute nicht mit hin, die Versammlung ist polizeilich verboten, es darf niemand rein!“ Anwohnt die Wahlmanne ernt gekommen wurde, zeigte der starke Feind der Versammlung, die sich herzlich über die Schandbeseren dieses Herrn Müller amüsierte, der sich berufen fühlte, als Fabrikhüter in Funktion zu treten. In dieser Versammlung wurde nun über die in Sicht stehenden Ueberwinden debattiert. Bis dahin war es der Firma nämlich noch nicht eingeffallen, für Arbeiter und einen zu schlagen zu geben. Dem sonst als Deforationsmittel fungierenden Arbeiterauschuss gelang es nun wider Erwartung, einen prozentualen Zuschlag für Gelehrte und Ungelernte zu erwirken. Man mühte eben schon mit den veränderten Verhältnissen rechnen.

In dieser Versammlung machte man ganz besonders keinen Herzen Luft. Allerdings fehlten bei dieser, wie bei allen anderen Versammlungen, die „Arkaturen“ nicht, welche besonders bei der Firma A. in Ehren stehen und stets anderen Tages im Kontor zu finden sind, um ihren Judaslohn in einem gnädigen Kopfsuchen zu finden, eventuell abends einen größeren Kassen Arbeit als gewöhnlich mit nach Hause zu bekommen. Die Zustände in der Fabrik, die Ganleitungswirtschaft, alles wurde einer eingehenden Aussprache unterzogen. Gegen einen Kollegen äußerte A., daß in Berlin alles billiger gemacht wird, daß er bedeutend höhere Affordpreise zahle! — und man solle nur ja nicht den Schwindler glauben. Herr Schächler, seines Reichens Vorarbeiter, und Herr Zippert, Saalmeister, nebenbei gesagt nach Eesterreicher Tscheche, der aber bis jetzt noch keine Ausweisung erhalten hat, sind natürlich des Lobes voll über die gut bezahlte Arbeit von Arnade. Der Tscheche, Herr Zippert, bemüht sich ganz besonders, die preukische Gollfreundschaft zu ehren und in der Befämpfung einheimischer organisierter Kollegen sein Möglichstes zu leisten.

Herr Werkmueier Müller erzählt den um Arbeit anfragenden Kollegen: „Der Verband macht alles hier unsicher. Da ist einer von Berlin gekommen, der schickt alle Leute weg, lassen Sie sich nicht überreden, Sie haben hier schöne Arbeit, die Leute sollen hier 55 Pf. jede Woche Verbandsbeitrag zahlen (5 Pf. dazu gelogen. D. M.) und Unterstützung gibt es nicht. Ich war auch im Verband und habe Streiks mitgemacht, wo die Unverheirateten weggeschickt wurden und keine Unterstützung erhielten. Ich bin jetzt 20 Jahre hier und es ist ganz schönes Geld zu verdienen!“ — Ungefähr 5 Monate vorher meinte derselbe Herr zu einem Ge-

wahrscheinlich von uns, der mit den Verhältnissen in der Fabrik nicht vertraut war und zur Orientierung verschiedene Fragen stellte, folgendes: „Wo wenn die Leute nicht einig sind, wenn sie nichts unternehmen, ich kann doch nichts machen!“ Aber Herr Müller! D. M.: Auf eine weitere Frage bezüglich des Verhaltens der Verkaufspreise im Preisstabilgesetz meinte M.: „Ja, die Leute“ dürfen den Preis nicht wissen, sonst könnten sie sich in verschiedenen herausnehmen!“ Der Verband konnte Holz fern, als er Hans Toubat diesen Herrn als Mitglied befragt.

Wundern muß man sich darüber, daß dieser Herr und noch einige andere (die alle, was Arbeiterbewegung und sozialer Fortschritt bedeutet, aufreizen wollten), noch Mitglieder der unter dem Einflusse des Verbandes stehenden Hilfsvereine der Sattler und Portefeuller Deutschlands sind. Es ist doch eigentlich unter aller Würde, einer derartigen Klasse anzugehören, wo die Majorität der Mitglieder sich zu der Massenbewegung Arbeiterkraft zählt.

Ganz eigentümliche „hygienische“ Einrichtungen sind in dem Betriebe des Herrn Kommerzienrats noch zu finden. Jeden Sonnabend muß eine Anzahl Frauen Wänge und Korridore säubern, und zwar in der Mittagsstunde. Allerdings Kolleginnen, die mittags nicht nach Hause gehen. Die Säuberungen müssen sie selbst mitbringen. Eine Entschädigung gibt es nicht, das wird aralisch gemacht. Staunen muß man, daß so ein System jahrelang ertragen wurde, ohne daß man sich dagegen auflehnte. Jeder Gehilfe muß seine eigenen Kräfte schaffen, pugen. Wer es nicht macht, wird bestraft oder entlassen.

Ein Teil der Arbeiter brachte seine Beschwerden vor über den üblen Geruch, den die Leimkocherei erzeugt, welche in nächster Nähe von arbeitenden Säulen betrieben wird. Im Klosett wird vom Malei Farbe gemahlen, so daß die Feuchtigkeit viel zu wünschen übrig läßt. Am den Leuten ganz besonders den Segen unserer heutigen Kunsterzeugnisse in Nahrungsmitteln vorzuführen, wurden Margarineproben auf den Säulen verteilt und ihnen die Vorteile dieser oder jener Marke in homöopathischen Körperproben empfohlen, mit der ganz kostenlos beigesteuerten „Würze“, daß Herr Ernst Arnade dieselbe auch esse und ihm sehr gut schmecke! — Mehr Güte kann man gar nicht verlangen, will man nicht die bittorische „gefällige Kompromisschüssel des Arbeiters“ zum Plagen bringen.

Einem Kollegen erzählt A.: „Geben Sie nicht zum Verband, gehen Sie lieber in die Nothenburger Sterbekasse; dort zählt Ihr 40 Pf., da gibt es etwas, wenn Ihr gestorben seid!“ — Daß Herr Uppert fast Sonntag für Sonntag mit einigen Leuten arbeitete, wäre in nichts Anmerkungswürdiges; hoffentlich besah man doch die Erlaubnis des Koscher Amtsprüfers? — Wir sind nicht imstande, alles anzuführen, was in den verschiedenen Versammlungen an das Tageslicht gebracht wurde, — können aber den Beweis der Wahrheit antreten und werden in unserer „Denkschrift“ noch manches Interessante bringen.

Wie schon oben angedeutet, war diese Zeit die Hochkonjunktur für verschiedene Postenläger und solche, die sich auf Grund solcher Dienste ihre Existenz erhalten.

Die ersten Vorpostenangelegenheiten machten sich bald bemerkbar. Verschiedenen Frauen von organisierten Kollegen wurde die bisher übliche Heimarbeit entzogen. Die Begründungen und Ausflüchte, die auf den Preisen der Betroffenen gemacht wurden, können wir hier nicht wiedergeben, weil sie zum Erbrechen reizen. Man kennt hier ganz genau die modernen Inquisitionsmittel und glaubt, daß die Hungerpeitsche denkende Menschen wieder zu Geloten machen kann.

Auch die Nachkommen derer, deren „Stamm-bäume“ im Lande Israel standen, haben sich die Herrschaftsformen und Mittel der feudalen Ähnen unserer heiligen Glaubensbücher angeeignet.

Einem Kollegen wurde von einem der Herren Chefs erklärt: „Wissen Sie, wenn uns der Verband zu viel vormacht, werden wir wieder ein Exempel statuieren. Wir werden wieder einige raus bejagen, da wird gleich Ruhe sein. Und wenn hier 100 Matratzen herkommen, wir fürchten uns nicht. Wir lassen eben mal die Fabrik vier Wochen stillstehen; wir halten's aus, ob Sie's aushalten, wollen wir sehen!“ —

Nun möchten wir heute mal fragen: Es zeigt doch ein unruhiges Gewissen, wenn man schon bei einem Agitator rechnete, daß die Leute alle herauszugetrieben und man gezwungenermaßen die Fabrik schließen müßte.

Heute, nach einem tödlichen Kampfe, wäre es uns ein Vergnügen, die Folgen zu betrachten, wenn

die Fabrik 15 Wochen lang ihre Pforten hätte schließen müssen. — Also, bitte, Herr M., etwas mehr Wille und weniger Weidreit! —

Unter in die Zukunft, trag alledem!

Rei steht und treu die Nacht,

die Nacht am — Nothenbach!

(Fortsetzung folgt.)

Streiks und Lohnbewegungen.

Wien. Eine außerordentlich gutbesuchte Versammlung hat zu dem Ablauf des Tarifvertrages in der Portefeuller- und Ledergerbereiwarenbranche in Wien Stellung genommen und einstimmig beschlossen, den Unternehmern einen neuen Entwurf, der in bezug auf Löhne einige Erhöhungen und eine Verkürzung der Arbeitszeit vortreibt, einzureichen. Die tägliche Arbeitszeit soll 9 Stunden betragen, Samstags soll anstatt, wie jetzt um 5 Uhr, schon um 2 Uhr, an den Vorabenden vor Einern, Pfingsten und Weihnachten um 12 Uhr Arbeitsschluss sein. Der Mindestlohn für Ausgelernte soll im ersten Halbjahre von 30 auf 36 Heller, im zweiten Halbjahre von 34 auf 41 Heller erhöht werden. Der seit mehr als zwei Jahren ausgelernte Arbeiter soll anfangs 46, in Zukunft 52 Heller, Vergolder, Kintmacher anfangs 53, 64 Heller und Hilfsarbeiter anfangs 41, 37 Heller erhalten.

Der Mindestlohn der Hilfsarbeiterinnen soll von 25 auf 33 Heller, der der Maschinenführerinnen von 35 auf 42 Heller erhöht werden. Die Mindestpreise sollen so festgelegt werden, daß bei neunstündiger Arbeitszeit mindestens 31 Kronen pro Woche verdient werden. Bei Grosartikeln, die in Partien von 8 Tausend und weniger in Arbeit gegeben werden, muß 15 Proz., bei Tagelohnarbeiten, unter 6 Stück, 20 Proz. Zuschlag gewährt werden. Als Stückerlöse gelten solche Waren, die höher als 3 Mk. pro Stück im Arbeitslohn stehen. Für Zeitlohnarbeiter, die weniger als 30 Kronen die Woche verdienen, wird eine Zulage von 4 Kronen, die mehr als 30 Kronen verdienen, eine solche von 3 Kronen gewährt. Die bestehenden Stückpreise sollen um 15 Proz. erhöht werden. Für Ueberstunden werden 40 bzw. 50 Proz. Zuschlag gefordert. Sämtlichen Arbeitern sollen die Abfertigung gewährt und der 1. Mai freigegeben werden.

Heimarbeiter müssen mindestens 24 Jahre alt sein!

Die hier gestellten Forderungen sind als durchaus beschneiden zu bezeichnen und würden die Herren Unternehmerenergeuer nur in ihrem ureigenen Interesse handeln, wenn sie ihren Arbeitern in weitestem Maße entgegenkämen. Nach den uns zugegangenen Berichten ist auf ein Entgegenkommen von dieser Seite nicht zu rechnen, weswegen ein offener Kampf unvermeidlich erscheint. Wir halten es für selbstverständlich, daß jeder Portefeuller und Ledergerbereiarbeiter Deutschlands die Kaiserstadt an der Donau auf jeden Fall meiden, um so unsere Wiener Kollegen zum Siege zu verhelfen. H. W.

Aus unserem Beruf.

Eitensberg. Ja, die gute alte Zeit! Recht ungerecht gebürdet sich am Pieritz ein biesiger Sattlermeister und guter Patriot aus der Abtheilungstraße. Anlaß zu seiner Aufregung gab ihm sein Geselle. Es war am letzten Sonntag auf einem Nachbardorf eine Arbeit zu verrichten. Früh 4 Uhr ging es dorthin, um 2 Uhr nachmittags war man wieder zu Hause. Heute gibt es eine Extravergeltung, dachte der Geselle; aber es kam anders. Mühl, wie immer, zahlte ihm die Frau Meisterin seinen Lohn aus, der abzüglich Kostgeld und Krankengeld in Summa 7,50 Mk. betrug. Für die geleistete 10stündige Sonntagsarbeit erhielt er 50 Pf. mehr ausgezahlt. Unzufrieden wandte er sich an den Meister, aber da kam er schon an. Ganz empört erklärte er: Das ist mein guter Wille, wenn ich etwas gebe. Er, der Geselle, habe überhaupt nichts zu verlangen; früher (ja früher) da hätte es noch weniger gegeben. Doch der Geselle war mit dieser 50 Pf. Wohlthat nicht zufrieden und verlangte für die Sonntagsarbeit für die Stunde 50 Pf. Außer sich ob dieser frechen Forderung gab es einen Strich, der zur Folge hatte, daß der Geselle den Meister mit seinen veralteten Anschauungen verließ. Es scheint, als wäre der gute Meister 50 Jahre zu spät auf die Welt gekommen, denn bei elfstündiger täglicher Arbeitszeit und Sonntagsarbeit zählt jeder einrichtige Meister höheren Lohn. Auf diese Weise bearteift man auch, wie es kommt, daß die Gesellen lieber in der Großstadt arbeiten, als auf dem Lande oder in kleinen Städten.

Korrespondenzen.

Wohum. (E. 30. 9.) Am 25. September fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Schneider-Möln das Referat übernommen hatte. In reichlicher Weise schätzte er die wirtschaftliche Lage unserer Kollegen und wie dieselbe zu verbessern sei. In der Diskussion nahmen mehrere Kollegen teil und wurde ganz besonders das Miet- und Logiswesen hart kritisiert. Es sei zu bedauern, daß hier unter zehn 20 Werkstätten nur eine einzige ohne Miet- und Logiszwang besteht. Mund Wohum ist eine Großstadt! D. M.: Im Schlusssatz ermahnte Kollege Schneider die Anwesenden, in Anbetracht der heutigen Lage recht tatkräftig an unserer Sache mitzuarbeiten, um im nächsten Frühjahr auch hier einmal andere Verhältnisse herbeizuführen. Die anwesenden Kollegen, von denen drei noch nicht organisiert waren, schloßen dem Verbands an, verpflichteten sich, ihr Möglichstes zu tun, um auch hier in Wohum endlich einmal bessere Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen.

Berlin. Treibriemenbranche. (E. 1. 10.) Am 17. September tagte im Rosenthaler Vereinshaus unsere regelmäßige Branchenversammlung, die sich hauptsächlich mit der Frage beschäftigte: „Wie ist die Arbeitsvermittlung für die Kollegen unserer Branche zu gestalten?“ Bekanntlich ist das Umschauen für alle Kollegen hier am Orte verboten. Um die Arbeitgeber einerseits und die Kollegen andererseits nun an den Arbeitsnachweis zu gewöhnen, wurde vor mehreren Jahren von unserer Branche ein Beschluß gefaßt, der das Umschauen in den Werkstätten ausdrücklich verboten und die Kollegen bei Zuwiderhandlung nötigenfalls zwang, die Arbeitsstelle wieder zu verlassen. In letzter Zeit zeigte es sich, daß sehr häufig gegen diesen Beschluß verstoßen wurde. Bekanntlich gingen bei unserer Lohnbewegung einige Werkstätten für uns verloren. Daß nach einem Kampfe nun immer etliche Kollegen auf dem Platze liegen bleiben, ist nicht auffällig. So ging es nun auch einigen Kollegen aus der Werkstatt Schwarz u. Co. nach einem siebenwöchigen Streik, der für uns ergebnislos verlief. Den Kollegen bot sich meistens anderweitig Arbeitsgelegenheit, teilweise durch unseren Arbeitsnachweis. Einer Anzahl von ihnen gelang es, bei einer Firma Auftragsauftrag zu finden, wo sie als Wohnbrecher hätten tätig sein können, was von der Gesamtheit sehr zu begrüßen war; wäre es doch dadurch möglich geworden, auch in diesem Betriebe endlich geordnete Verhältnisse zu schaffen, was schließlich auch gar nicht so viel Mühe gekostet hätte, da es größtenteils alle erfahrenen Kollegen waren, von denen man etwas erwarten konnte. Die Hoffnungen gingen aber zunichte, denn die Kollegen hielten für wert, hier ein Arbeitsfeld für uns zu errichten, sondern zogen es teilweise vor, den Betrieb wieder zu verlassen, trotzdem die Verhältnisse bei dieser Firma immerhin schon bedeutend bessere sind, als sie bei Schwarz u. Co. waren. Dadurch ging uns hier wieder jeglicher Anhalt verloren. Wie sich in den meisten Werkstätten eine gute Geschäftsvermittlung, so auch bei der Firma Müller u. Mallon. Hier war es nun bisher Sitte, daß die Kollegen meistens durch den Arbeitsnachweis, wenn auch ohne Zettel, hingekührt und auch meistens eingestellt wurden. Anders war es hier noch nicht möglich, da der Herr Mallon unsere Organisation noch nicht anerkannt hat. Leider ist hier zu bemerken, daß dieses nur an den dort beschäftigten Kollegen selbst liegt, indem sie zu wenig Energie entwickeln. Mit schuld daran ist allerdings zum größten Teil, daß sich die Kollegen durch ein von der Firma eingeführtes Qualifikationsstium fördern ließen, welches schon viel Uneinigkeit in der Werkstatt gestiftet hat. Die daraus entstehende Uneinigkeit mißt Herr Mallon natürlich genügend aus, um die Kollegen in Schach zu halten. Kaum eine Versammlung vergeht, wo nicht Klage geführt wird über Schikanierungen durch den Chef bzw. den Meister. Wie hier mit den Kollegen umgesprungen wird, ist bewundernswert und zugleich beschämend für die Kollegen, denn in einer Werkstatt, die vollständig organisiert ist, müßte es entschieden anders hergehen. Auf diese Werkstatt hatten es nun auch die betreffenden Kollegen von Schwarz u. Co. abgesehen. Hier haben sie für sich ein Paradies offen. Sie hielten sich an seinen Beschluß, beschränkten den Arbeitsnachweis nicht, und gingen eben ohne weiteres und ohne andere arbeitslose Kollegen zu berücksichtigen, in dem Betriebe an. Somit wurde das kleine Werk, was hier angefangen war, auch noch zerstört. Wie hier, so kam es auch noch in einzelnen anderen Fällen vor, die schon längere Zeit zurückliegen, aber auch mit Veranlassung gaben, diesem gefährlichen Treiben Einhalt zu gebieten. Mit Hilfe einer besonderen Kommission wurde folgender Beschluß, welcher Kollegen als Nichtschonur gelten soll, ausgearbeitet und von der Versammlung einstimmig angenommen: „Beschlüssen über die Arbeitsvermittlung in un-

ferer Branche: Das Umschauen wird den Kollegen unserer Branche hiernit verboten; es hat sich mithin jeder arbeitslose Kollege auf dem Arbeitsnachweis eintragen zu lassen. Arbeitsangebote durch die Presse dürfen nur mit Erlaubnis des Branchenomannes bzw. des Arbeitsnachweises angenommen werden; jedoch können Werkstellen, in welchen die Organisation noch keine Geltung hat, hierbei nicht in Frage. Arbeitsangebote von Seiten des Werkführers, auf Grund freundschaftlicher Beziehungen, müssen energisch zurückgewiesen werden. Die Werkführer müssen auf den Arbeitsnachweis hingewiesen werden. Bei strikter Innehaltung obiger Bestimmungen wird es jedem Kollegen ermöglicht werden, durch den Arbeitsnachweis Stellung zu erhalten, sich und der Organisation zum Vorteile! Moralische Pflicht eines jeden Kollegen ist es daher, vorgehende Bestimmungen zu respektieren. Kollegen! Mit der Annahme dieses Beschlusses allein ist unsere Aufgabe noch nicht gelöst, sondern gerade jetzt beginnt erst die eigentliche Arbeit für uns. Unsere Tarifbewegung zeigt uns am deutlichsten, was für Aufgaben uns noch bevorstehen. Die drei Jahre, für die wir uns das Wenige errungen haben, sind bald vergangen, und um uns das Erhalten zu können, muß jeder Einzelne auf den Posten sein; denn daß uns der nächste Kampf nicht so leicht gemacht wird, dürfte wohl jedem Kollegen einleuchten, da die Fabrikanten sich jetzt mit Macht rüsten. Wir dürfen jetzt also nicht ausruhen auf unseren Vorberern, wie man das jetzt vielfach beobachten kann, sondern ein jeder muß danach trachten, ein Kämpfer zu sein, denn groß ist noch das Agitationsfeld, das noch zu bearbeiten ist. Schon die politischen Verhältnisse und die damit verbundenen Kämpfe dürften an niemand ohne weitere Lehre vorbeigehen, sondern für jeden ein Ansporn sein zum Vorwärtsschreiten.

Aus anderen Organisationen.

Der Hirsch-Dundersche Lederarbeiterverband hält im nächsten Jahre in Berlin seinen Verbandstag ab. Die letzte Nummer des Verbandsorgans bringt bereits die Aufstellung der Kandidatenliste. Es sind nur 20 Delegiertenmandate zu vergeben, um die sich nicht weniger als 70 Kandidaten bewerben. Bei Durchsicht der Kandidatenliste finden wir, daß unter den 70 sich auch ganze 3 — Sattler befinden. Es sind das die Sattler Kamp-Deub, Nagel-Gannjatt und Streder-Weslau. Dieses Verhältnis 3 zu 70 entspricht jedoch noch bei weitem nicht den tatsächlichen Berufsverhältnissen der Mitglieder. Die Zahl unserer Kollegen in diesem Verbande dürfte in der Tat noch eine verhältnismäßig weit geringere sein, woraus zu schließen ist, daß, von allen anderen Umständen ganz abgesehen, schon deshalb der Hirsch-Dundersche Lederarbeiterverband für die Sattler und Portefeuller Deutschlands in keiner Beziehung auch nur eine nebenswerte Bedeutung hat.

Unter den Kandidaten findet man, von einigen Werbern und Handschuhmachern abgesehen, in der Hauptsache nur Schuhmacher, und nur für diese Berufsgruppe dürfte der Gewerbeverein noch einige Bedeutung haben, obwohl er neben dem Zenttalverbande der Schuhmacher (freie Gewerkschaft) auch zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt. Interessieren dürfte noch die Tatsache, daß je ein Kandidat sich als Wertmeister, Anwaltsgehilfe und Fabrikarbeiter bezeichnet. Anscheinend ist also die Idee vom „Inbuhreverband“ bei den Hirsch-Dunderschen schon soweit vorgeschritten, daß bereits Fabrikarbeiter und Anwaltsgehilfen den Schuhmachern organisatorisch angeschlossen sind.

Na, wenns auch sonst nicht viel helfen wird, aber man hat doch dadurch einige Mitglieder mehr. — Auch die Jugendorganisationsarbeit wird jetzt von den Hirsch-Dunderschen energisch gefördert. Man glaubt dadurch das mit Recht befürchtete Aussterben der altersschwachen Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine zu verhindern. — Geißa, das wird ein Leben geben! So ruft das Organ der Lederarbeiter aus. Na, wir wollen abwarten. —

Ausland.

Streikbewegung im Auslande.

England. Der Konflikt in der Schiffbauindustrie nimmt erstarrte Formen an. Einer Einigungskonferenz der beiderseitigen Vertreter legten die Arbeiter folgende grundlegende Forderungen vor: Das Recht der Gewerkschaft, Strafen zu verhängen und eventuell Mitglieder auszuschließen, wird anerkannt; ausgeschlossene Mitglieder oder solche, die ihrer Mitgliedsrechte, wenn auch temporär, verlustig gingen, dürfen nicht eher beschäftigt werden, bis sie wieder in vollen Rechten sind; in allen lokalen Konflikt sind innerhalb Monatsfrist Verhandlungen einzuleiten. Die Unternehmer verlangten, daß in Zukunft Mitglieder der Gewerkschaft, die gegen die Abmachungen der Tarifverträge verstößen, 60 Mr.

Strafe, im Wiederholungsfall 100 Mr. Strafe zahlen sollen. Wenn das Geld nicht einzutreiben, solle es von der Gewerkschaft bezogen werden. Diese Strafen sollen zu wahlstatigen Strafen verwendet werden. Die Verhandlungen sind besonders infolge der letzteren Forderungen am roten Punkte angelangt. In der laufenden Woche sollen neue Verhandlungen stattfinden.

In Jarrolo streikten 1500 Mann der Schiffsverfrächter gegen die Einführung eines neuen Zeitkontrollsystems, nahmen aber noch einer Abstimmung die Arbeit wieder auf.

Die Textilbarone drohen mit einer Aussperrung von über 150 000 Arbeitern, wenn ein lokaler Monatslohn für Lidham nicht bis zum 1. Oktober beigelegt werden kann. Wahrscheinlich werden die kritischen Fragen einem Schiedsrichter zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die organisierten Formier hatten den händigen Schiedsamt eine Forderung zur Erhöhung der Stücklöhne um 10 Proz. und des Wochenlohnes um 2 Mr. vorgelegt, doch beschloß das Schiedsamt, die Sache bis zum Dezember zu vertagen.

Das Schiedsamt der Eisenbahner konnte bisher weder eine Einigung der Arbeiter mit der Great-Northern-Gesellschaft erzielen, noch selbst eine Entscheidung treffen. Kennen handelt es sich um die Auslegung eines früheren Schiedsspruches, doch ist die Erregung unter den Angehörigen infolge der schroff ablehnenden Haltung der Gesellschaft begründlicherweise so geistig, daß eine friedliche Beilegung des Konfliktes nicht mehr allzu wahrscheinlich ist.

Frankreich. In Paris streikten seit einer Woche über 2000 Schlächtergehilfen, die den Jesuitentag verlangen. — Auch die Pariser Bocker streiken im Streit. Sie verlangen Lohnerhöhung von 75 Centimes auf 90 Centimes pro Stunde und von 90 Centimes auf 1,25 Frank pro Leberstunde. Bis jetzt sind über 3000 Mann am Streik beteiligt.

Belgien. In Lüttich legten 60 Postgehilfen, die beim Transport der Post zur Bahn beschäftigt werden, die Arbeit nieder, als die Verwaltung eine Lohnerreduktion für sie verfügte.

In Pátrages streikten die Arbeiter, um die Wiedereinstellung eines gemährgeten Kollegen zu erwirken.

Die Einführung des Bonusystems in der Automobilfabrik Bipe in Brüssel, durch das die Arbeitsleistung gesteigert werden soll, veranlaßte über 300 Arbeiter zur Arbeitsniederlegung.

Vereinigte Staaten. Unter den Friedensbedingungen, unter denen die 75 000 New Yorker Mantelmacher die Arbeit wieder aufnehmen, sind noch zu nennen: Abschaffung aller Heimarbeit, freie Lieferung elektrischer Kraft, die sechstägige Arbeitswoche, wöchentliche Lohnzahlung, neunstündige Arbeitszeit an fünf Tagen und fünfstündige Arbeitszeit am sechsten Tage, Abschaffung des Stundeneinstellens, doppelte Bezahlung für Leberstunden.

Die finanziellen Leistungen der Schweizerischen Gewerkschaften. Die dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angehörigen 19 Gewerkschaftsverbände verausgaben im Jahre 1909 1 163 503 Fr., so daß von den Einnahmen von 1 459 816 Fr. ein Leberzuschuß von 296 312 Fr. verblieb. Die hauptsächlichsten Ausgabeposten sind:

	1909	1908
Streiks und Maßregelungen	174 801	370 697
Rechtschutz	12 408	18 711
Reise- und Arbeitslosenunterstützung	96 945	77 673
Krankenunterstützung	319 038	342 662
Invaliden- und Sterbegeld	79 824	63 384
Notfall- und Umzugsunterstützung	15 678	10 604
Unterstützung anderer Organisationen:		
im Inland	21 862	25 885
im Ausland	17 203	3 449
Total	787 819	882 465

Die Ausgaben für Reise- und Arbeitslosenunterstützung sind im Jahre 1909 größer gewesen als 1908, dagegen jene für Streiks und Maßregelungen erheblich geringer und in den Verschickungen der beiden Posten befinden sich die Wirkungen der Krise. Zur übrigen veranschaulichen die Angaben die sehr schätzbare Leistungsfähigkeit und vielseitige Tätigkeit der Schweizerischen Gewerkschaften im Interesse der Arbeiter.

Soziales.

Ein Beitrag zur Geschichte des Unternehmergewinnes. Unter dem Stichwort „Aus kleinen Anfängen“ bringt das zweite Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 251 vom 11. September eine sehr lehrreiche Notiz. Sie betrifft die bekannte Weltfirma Heinrich Lang-Mannheim. Aus Anlaß

des 50jährigen Bestehens der Firma wurde dieses Jahr ein Erinnerungsbuch herausgegeben. In dem Buche ist mitgeteilt, daß sich in einem alten Notizbuch des Gründers der Fabrik folgende Aufzeichnungen befinden:

Mein Reinerwögen bestand am 1. Januar 1861 aus 13 Gulden 13 Mr., zu Anfang im Jahre 1861 51 Mr., Reinerwögen am 1. Januar 1862 53 Gulden 57 Mr., im Jahre 1862 verdient 53 Gulden 36 Mr.

„So Hein jing der Mann an, dessen Schöpfung heute 4000 Arbeitern Verdienst gibt und dessen Witwe und Kinder innerhalb zweier Jahre vier Millionen Mark für humanitäre und wissenschaftliche Zwecke spendeten“, schreibt die „Frankfurter Zeitung“ dazu.

Die Familie Lang gilt bekanntlich für eine der „schwersten“ in Baden und weit darüber hinaus, und wir haben gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn ein geringer Teil dieses Reinerwögens durch Zuwendungen an humanitäre und wissenschaftliche Institutionen der Menschheit im allgemeinen wieder zugute kommt. Aber wie werden doch die Frage auf, ob die „edlen Wohltäter“ vier Millionen stiften könnten und dabei trotzdem noch ein Reinerwögen selbst behalten, wenn vom Tage der Gründung der Firma an jeder Arbeiter das an Lohn erhalten hätte, was er wirklich verdient hat, und ob nicht diese Millionen unrentabillener Arbeitsverdienst sind, die der gemalte Gründer und seine Nachfolger für auf befunden haben, selbst zu behalten, statt an die rechtmächtigen Werkschaffler gelangen zu lassen. Heute arbeiten noch tausende Arbeitslöhne bei Lang, deren Lohn bei voller Beschäftigung kaum 1500 Mr. im Jahre beträgt, und die unermüßlich mithelfen, daß aus den 13 Gulden und 3 Kreuzern vom Januar 1861 Tüchtige Millionen von Mark werden.

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter werden wiederum von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wissenschaft der königlichen technischen Hochschule zu Berlin veranstaltet. Im Winterhalbjahre 1910/11 werden die Studenten in folgenden Elementarfächern unterrichtet: Deutsch, Mathematik, Geometrie, Zeichen, Medizin und Schönheitslehre. Auskunft erteilt auch, Ing. Alceberg W. 50, Damberger Straße Nr. 7, sowie Herr Ernst Schmidt, Berlin O. 17, Langestraße 60.

Deegleichen beginnen wieder die **Vorlesungen der Freien Hochschule Berlin**. Das reichhaltige Programm enthält folgende Lehrfächer: 1. Weltanschauung, Philosophie, Pädagogik, 2. Lebende Natur, Musik, Vortragstunsk, 3. Literatur und Sprachen, 4. Volkswirtschafts-, Staats- und Rechtslehre, 5. Vorgesichte, 6. Naturwissenschaften, Mathematik, Technik, Medizin. Ausführliche Programme und Lehrpläne sind in den Gewerkschaftsbüros sowie in zahlreichen Geschäften Berlins unentgeltlich zu haben. — Die Vorlesungen der Freien Hochschule beginnen bereits am 10. Oktober, während die Kurse der Studentenschaft erst Ende Oktober ihren Anfang nehmen.

Rundschau.

Parlamentarisches. In der vergangenen Woche ist das zähe Ringen und Kämpfen der sozialdemokratischen Vertreter in der Reichsversicherungskommission um die Festsetzung der Renten fast vollkommen ergebnislos geblieben. Eine wirkliche Verbesserung konnte nur bei dem Kapitel „Waisenrente“ erzielt werden. Nach dem zurzeit geltenden Recht haben nur eheliche Kinder des Verunglückten und uneheliche Kinder weiblicher Verunglückten einen Anspruch auf Unterstützung. Jetzt ist es gelungen, diese Ansprüche auch den unehelichen Kindern verunglückter Männer zuzusprechen. Somit wurde, wie schon gesagt, bezüglich der Entschädigungen bei Unglücksfällen alles beim alten gelassen. Alle Bemühungen unserer Vertreter, solche Rentenfälle, die namentlich angesichts der jetzigen Teuerungsverhältnisse höchstens als Almosen, aber nicht als Renten bezeichnet werden können, zu erhöhen, prallten an der geschlossenen Phalanx der bürgerlichen Parteien ab.

Beschlossen wurde ferner, daß die Berufsgenossenschaften in gleicher Weise wie die Krankenkassen in Zukunft berechtigt sein sollen, solchen Verunglückten, deren Leberführung in ein Krankenhaus nicht tunlich erscheint, einen Krankenpfleger oder Pflegerin zu stellen. Voraussetzung hierfür bleibt jedoch die Zustimmung des Verletzten.

Eine wichtige Verbesserung wurde ferner bei der Verringerung der Rente herbeigeführt. Jetzt erhält der Rentenbezieher z. B. die Mitteilung, daß seine Rente um diejen oder jenen Betrag gekürzt wurde; diese Kürzung tritt dann auch sofort ein. In Zukunft ist das nicht mehr statthaft, sondern es muß dem Verletzten mindestens noch für den folgenden Monat die höhere Rente gezahlt werden, und dann erst tritt die Kürzung ein. So erfreulich

man diese Verbesserung ist, indem der Verleger doch nicht mehr so unvorbereitet durch die Kurzana der Texte betreten werden kann, so unendlich in die Betrachtung, die die Kommission trotz hartnäckigen Widerstandes der Sozialdemokraten an den Verhandlungen der ausländischen Arbeiter vollzog.

Da der ausländische Arbeiter mit in seiner erwerbsfähigen Lebenskraft, so erhält er eine Rente. Aber jezt Anfangs ruht, d. h. er bekommt die Rente nicht ausgezahlt, solange er nicht im Lande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. In der Ausländer durch den Betriebsunfall geädert werden, so erhalten seine Hinterbliebenen keine Entschädigung, wenn jezt zu Zeit des Risikos nicht im Lande ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten. Durch Beschluß des Bundesrats können diese Bestimmungen für bestimmte Grenzgebiete sowie für die Angehörigen solcher ausländischen Staaten anßer Kraft gesetzt werden, durch deren Gesetzgebung eine entsprechende Ausfürgung für die Hinterbliebenen durch Betriebsunfälle getöteter Deutscher gemährleistet ist. Der Zweck dieser Bestimmung ist, anstatt der Reichsversicherung die Mittel an die Hand zu geben, die anderen Staaten zu einer gleichen Ausfürgung für die deutschen Arbeiter im Ausland zu zwingen, die den ausländischen Arbeitern in Deutschland zuzurechnen. Dies ändert aber nichts daran, daß die Entschädigung der Rente gegenüber ausländischen Arbeitern und deren Hinterbliebenen eine unerhörte Ungerechtigkeit ist, die nur als rüchständig bezeichnen müssen.

Wenig, so ist gar nichts wurde an den Verordnungen über die Unfallversicherung geändert. Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Arbeiter in den Vertretungen der Berufsvereinigungen mit den gleichen Rechten wie die Unternehmer vertreten wissen wollte, wurde natürlich abgelehnt; dasselbe Schicksal erlitten auch einige andere dahingehende Änderungsanträge. Es bleibt also auch hier alles beim Alten, was eine Veränderung doch so dringend notwendig gewesen wäre. Bezüglich der Ueberwachung der Betriebe hatten die Sozialdemokraten verlangt, die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten sollte sofort erhöht werden, daß jeder Betrieb wenigstens einmal im Jahre besichtigt werden kann. Weder fand dieser Antrag keine Mehrheit. Ebenfalls ging ein Antrag der Sozialdemokraten, der forderte, daß von den technischen Aufsichtsbeamten mindestens ein Viertel Personen sein müssen, die in den versicherten Betrieben als Arbeiter beschäftigt gewesen sind. Die Kommission begnügt sich mit dem Zusatz, daß die Berufsvereinigungen berechtigt seien, derartige Personen als Aufsichtsbeamte einzusetzen. Von diesem Rechte werden die Berufsvereinigungen natürlich, des Indes wir gewiß, wenig oder gar keinen Gebrauch machen.

Ein Sieg der freien Gewerkschaften. Am Sonntag, den 25. September, fanden in Dortmund die Vertreterwahlen zur Ortsaufsichtsstelle statt. Den Sieg erröchten die freien Gewerkschaften mit 2319 Stimmen gegen 1710 Stimmen der Christlichen. Wegen die vorige Wahl gewannen die freien Gewerkschaften 782, die Christlichen 646 Stimmen. Da nicht mehr nach Bezirken gewählt wurde, gehören jezt sämtliche Vertreter der Montanindustrie den freien Gewerkschaften an. Zwar hatten die Christlichen außerordentlich gewählt, die „Arbeiter“ hatte in veränderlicher Absicht von der „Mittelschicht“ des sozialdemokratischen Vorstandes schändlich zu heben versucht, doch alles umsonst. Die Christlichen waren vernünftig genug, die bei den Knappschichtwahlen erlittene Niederlage bei der Ortsaufsichtsstellenwahl weitmachen zu wollen. Sie können nun eine weitere Niederlage buchen.

Bei den Gewerkschaftswahlen in Waldenburg erlitten die mit den Christlichen, Lutheranern, evangelischen und katholischen Gesellenvereinen koalitierten rechtstreuen Vereine trotz der Gönnerschaft der Grubenmagistrate eine Niederlage. Auf die Liste des Gewerkschaftsstellens, dem die Gegner nicht einen einzigen Vertreter zugeben wollten, entfielen 106 Stimmen, während die vereinigten christlich-nationalen Gegner ganze 67 Stimmen auf sich vereinigten. Dieser glänzende Sieg bedeutet ein sehr gutes Vorzeichen für die demnächst im Waldenburger Revier stattfindenden Knappschichtwahlen.

Schaunmachung des Zentralvorstandes.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Berlin wurden folgende Mitglieder wegen Streikbruch aus der Organisation ausgeschlossen: C. Gardwid, Buchnummer 1733; P. Wohlhid, Buchnummer 433; C. Zeetz, Buchnummer 434; S. Brüdner, Buchnummer 127, und C. Jilski, Kartennummer 1913.

Der Vorstand.

Einwendungen der Verwaltungsstellen im August und September 1910.

Vieher	1000	Salle	100
Bügel	500	Hannover	400
Berlin	2000	Kassel	100
Chemnitz	200	Wühlheim a. M.	100
Dresden	1100	Wühlheim a. M.	500
Eisenach	3	Wannheim	50
Frankfurt a. M.	600	Magdeburg	200
Hannover	900	Hannover	300
Hamburg	200	Essenbach	2700
		Ebertshausen	300

Alfred Niesel, Hauptkassierer.

Bücherschau.

Die Arbeiterfrage. Von J. A. Lange. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Dr. Mehring. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1,50 M., gebunden 2 M. Der vorliegende Ausgabe ist die eine Auflage des Langeschen Buches zugrunde gelegt. Der Herausgeber hat diese eine Ausgabe deshalb gewählt, weil sie am engsten mit den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie zusammenhängt und das Bild Langes am frischen widerspiegelt und weil in ihr das wissenschaftliche Zusammenhänge ist, was Lange als Sozialpolitiker zu sagen hatte. Obwohl Langes Buch niemals von entscheidendem Einfluß auf den Gang der deutschen Arbeiterbewegung gewesen ist, und trotzdem Lange nie den Boden der bürgerlichen Gesellschaft verlassen hat, sieht ihm doch seine Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung in den vier und vier Jahren des vorigen Jahrhunderts ein ehrenvolles Andenken in der deutschen Arbeiterklasse.

Der Deutsche Bauernkrieg. Von Friedrich Engels. Mit Einleitung und Anmerkungen. Preis brochiert 1,50 M., gebunden 2 M.

Garantien der Harmonie und Freiheit. Von Wilhelm Reiling. Mit einer biographischen Einleitung und Anmerkungen. Preis brochiert 2,50 M., gebunden 3 M.

Gesammelte Schriften von Wilhelm Wolff nebst einer Biographie Wolffs. Von Friedrich Engels. Mit Einleitung und Anmerkungen. Preis brochiert 1,50 M., gebunden 2 M. Wer näheres über die sozialistischen Meudende erfahren will, verlange die kostenlose Zusendung eines Prospektes vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Schriften sind durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Das Fortbildungsschulwesen von Julius Braunhs erschien jeoben als Heft 11 der unter Leitung von Paul Firsch herausgegebenen sozialpolitischen Abhandlungen im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Adressenänderungen.

Offen (Aubr). RU. beim K. W. H. Heinde, Grabenstr. 27 I, von 12-1 und 8-9 Uhr.

Wismar. RU. beim K. H. Drechsler, Turmstraße 13, von 12-1 und 127-128 Uhr. Sonntags 12-1 Uhr.

Solingen. K. E. Schabach, Mairerstr. 253 I r. RU. bei E. Trecher, Schüßenerstr. 26, von 7-8 Uhr.

Striegau. H. Robert Gante, Fischerstraße 4.

Keterien. K. W. Tiede, Parallelstr. 76.

Wald (Hild.). Vertretungsmann R. Magerzaf, Strümmener Straße 6 I.

Verfallungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Verfallungsanträge, die bis zum Redaktionsschluss bei uns einlaufen.)

Berlin. Treibriemenbranche. Sonntag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Hofenthaler Vereinshaus, Hofenthaler Straße 57.

Braun. Sonntag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant „Stadt Giltan“.

Frankfurt a. S. Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Steinstr. 42, Mitgliederversammlung.

Dresden. Dienstag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Volkshauses, Mitgliederversammlung.

Düsseldorf. Dienstag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus.

Münster. Samstag, den 15. Oktober, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung mit Referat.

Die Wahrheit.

Verachtet von den Großen, von den Kleinen heiß geliebt.

Sagt, ob es für das Neue einen anderen Weg wohl gibt?

Verachten von den als Wacke Vereinen am Tor? Sagt, heutzutage nicht immer wieder die Wahrheit so empore?

Erst wie ein leichtes Säulen im Sommerfeld gewild —

Das dann zum mächtigen Brausen durch Waldesdäufel schwillt.

Als Necresdomertollen zum Schluss die Welt durchdröhnt, Und liegend alles, alles gewaltig überdröhnt!

Hjornion.

Anzeigen.

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsvereinigungen Deutschlands, G. H. 64 in Berlin.

Den Ortsvereinigungen sowie allen Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Ausschuh sich konstituiert und den Kollegen Paul Jenner, Berlin-Migdorf, Warthestraße 9, zum Vorsitzenden gewählt hat. Alle Zuschriften für den Ausschuh sind an diesen zu richten.

Der Vorstand.

Wilhelm Giese, Vorsitzender.

Quartalsversammlungen.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Stellenbericht für das dritte Quartal.
2. Massenangelegenheiten.
3. Berichtedens.

Darmen. Samstag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mumentstr. 3. Taran anschließend Feier des 25-jährigen Bestehens.

Kaiserslautern. Sonntag, den 9. Oktober, vor-mittags 10 1/2 Uhr, in der Restauration „Zum Mod“.

München. Samstag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im „Lampgarten“, Jägerstr. 14.

Wollwatte für Steppdecken,

Matrasen und zu Polsterzwecken fabriziert in jeder gewünschten Qualität.

L. G. Voder, Gramsche i. Hannover.

Leder-Arbeiter!

Kaufe Lederwaren, Abfälle, Stifte, Kattan, Druckstöpsel usw. — Komme auch auswärts. Knopf, Berlin N. 54, Voltstr. 17.

Gesucht

an jedem Ort Sattler, welche Vertretung konkurrenz-loser Artikel übernehmen. Hohe Vergütung. Auskunft sofort kostenlos.

Herm. Wolf, Zwickau i. S., Nordstr. 30.

Verwaltung Frankfurt a. Main.

Sonntag, den 16. Oktober 1910:

*** Winter-fest ***

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Am Schwimmbad Nr. 8-10.

Bestehend in

Konzert, Gesang, Theater und Tanz. Unter Mitwirk. des dramatischen Vereins Bodenheims.

Anfang 1/6 Uhr. Eintritt 25 Pf.

Um zahlreichen Besuch bitten

Das Komitee.

Georg Weihnachts Bierhaus, Gr. Kolln. 21.

G. Weib-, Bayerisch-, Kulmbacher Bier

Zustellung der Zentral-Frankenkasse der Sattler und der Ortsvereinigungen der Verbandes der Sattler. Zustellung der „Froh Volkshäuser“.